Nr. 276.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 25. November 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Regierung?

Was soll der Titel bedeuten? Wollen wir untersuchen, was eine Regierung ist? Das wäre ein recht überflüssiges Bemühen, denn in jedem Konversationslexikon kann ein Jeder und eine Jede sich die Antwort auf diese Frage holen. Regierung ist der Inbegriff aller derjenigen Machtfaktoren, welche die Politik und die Verwaltung eines Landes lenken, und zwar in gegenseitigem Zusammenwirken, so wie es durch Staatsgesetz, Herkommen oder Verfassung ordnungsgemäß festgestellt ist. In einem absoluten Staat verkörpert die Regierung sich in dem Monarchen, der natürlich nicht alles selber thun kann, in dessen Namen und unter dessen thatsächlicher, wenn auch nicht rechtlicher Verantwortlichkeit alles geschieht. Daß in Rußland Eroberungszüge nach Osten, Abrüstungsvorschläge nach Westen gemacht, Tausende alljährlich ohne gerichtliches Urtheil nach Sibirien verschickt, und Provinzen, den dritten Theil des ganzen europäischen Rußland bildend, der Hungersnoth und dem Hungertyphus überliefert werden — für alles das trägt der Monarch die Verantwortung, denn von ihm hängt alles ab; von ihm geht jede Regierungshandlung aus.

Anders in den Ländern mit Verfassungen. Dort steht neben dem Monarchen ein vom Volk gewähltes Parlament, ohne dessen Zustimmung kein Gesetz erlassen werden kann; und der Monarch übt die Regierungs-Handlungen innerhalb fester, gesetzlich vorgeschriebener Schranken aus, und zwar nicht persönlich, — wie ein absoluter Selbstherrscher — sondern durch Minister, welche dem Parlamente verantwortlich sind und den Monarchen mit ihrer Verantwortlichkeit decken.

So ist es in England, so ist es in Frankreich und so ist es in Amerika, in welch beiden Ländern freilich statt des fürstlichen Erbherrschers ein gewählter Präsident die Spitze der Regierung ist.

In Deutschland, wo das parlamentarische noch mit dem absolutistischen Regierungssystem im Kampfe liegt, herrscht zwischen konstitutioneller Theorie und gouvernementaler Praxis noch ein klaffender Widerspruch. Die Theorie erkennt dem Monarchen nicht das Recht selbständiger Regierungshandlungen zu. Der König von Preußen, der zugleich deutscher Kaiser ist, bedarf als König von Preußen für Regierungshandlungen der Deckung durch verantwortliche Minister, als deutscher Kaiser der Deckung durch den Reichskanzler, der seinerseits wieder die Staats- und Unterstaatssekretäre unter sich hat.

Der Theorie entspricht aber die Praxis nicht. Der Monarch, der theoretisch nur persönliche nicht aber Regierungs-Handlungen ausüben kann, übt praktisch Handlungen aus, welche die Geltung von Regierungshandlungen haben; wenigstens von solchen nicht zu unterscheiden sind, und nicht unterschieden werden. Wir erinnern an das Burentelegramm vom Anfang des Jahres 1896; es war ein persönlicher Akt des Kaisers, wurde jedoch allgemein als Regierungsakt aufgefaßt, und verbitterte auf lange Zeit unsere Beziehungen zu England, was ein rein persönlicher Akt unmöglich hätte bewirken können.

Man betrachte das Telegramm des Kaisers nach der Weigerung des Reichstags, an der sogenannten Bismarckehrung sich zu betheiligen. Dieses Telegramm führte allerdings keine internationalen Verwickelungen herbei, verwirrte aber die Zustände im Innern ganz erheblich, und war, wenn auch nicht eine Regierungshandlung, doch unzweifelhaft ein eminent politischer Akt von entscheidendem Einfluß auf unser Staatsleben. Der mancherlei Ansprachen des Kaisers, welche die Opposition herausgefordert und zu zahlreichen Majestätsbeleidigungs-Prozessen geführt haben, erwähnen wir hier nicht, weil sie an Bedeutung zurücktreten hinter der Rede, die der Kaiser vor einigen Monaten in Oeynhausen hielt, und in der die Zuchthausvorlage angekündigt ward. Diese Rede war an sich ein durchaus und ausschließlich persönlicher Akt des Kaisers, allein ebenso wie das Burentelegramm hat sie thatsächlich die Bedeutung einer Regierungshandlung erlangt. Wohl wurde nachträglich — offenbar aus der Reichskanzlei heraus — der amtliche Charakter der Rede geleugnet und sogar behauptet, die Rede enthalte Irrthümer oder sei unrichtig wieder gegeben, an ein Zuchthausgesetz werde nicht gedacht, nur an ein Gesetz, das den § 153 der Gewerbe-Ordnung „ausbaue".

Theoretisch und auf dem Papier war das gewiß richtig; allein in der Praxis ist es anders. Die Rede des deutschen Kaisers zur Zuchthausvorlage ist zweifellos von dem deutschen Richterstand und von der deutschen Polizei als ein Regierungsakt betrachtet und zum Ausgangspunkt eines verschärften Vorgehens im Sinne des vom Kaiser angekündigten Zuchthausgesetzes gemacht worden.

Was Fürst Hohenlohe von jener Rede denkt, das ist seine Sache. Die deutschen Richter und die deutsche Polizei sind anderer Meinung, und ihre Meinung ist für die Praxis maßgebend, wie Dutzende, das Rechtsgefühl des Volks tief erschütternde Urtheile aus neuester Zeit beweisen.

Noch ein anderer Fall sei aufgeführt. Wir haben jetzt den sogenannten „Lippe'schen Streit" — ein Streit, der die Beziehungen zwischen den deutschen Bundesfürsten verwirrt, die Autorität der Fürsten, welche zu schützen man sonst eifrigst beflissen ist, schwer schädigt und dem Partikularismus mächtigen Vorschub leistet. Wie ist dieser Streit entstanden? Durch ein persönliches Telegramm des Kaisers. Daß der Reichskanzler nichts damit zu thun hat, das kann kaum bezweifelt werden. Die Praxis schlägt der Theorie ins Gesicht. —

Hier haben wir den klaffenden Widerspruch, den wir vorhin hervorhoben. Und — an diesen Widerspruch knüpft sich die Frage: was, wer und wo ist die Regierung in Deutschland? Statt eines Fragezeichens hätten wir hinter unserem Titel gleich deren drei setzen sollen.

Fürst Hohenlohe in seiner Doppeleigenschaft als deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident ist der verantwortliche Träger der Regierung in Preußen und im Reich. Aber wo ist Fürst Hohenlohe? Was thut er? Wie und worin äußert er seine Autorität? Er ist vollständig überschattet und in den Hintergrund — wir können fast sagen: in Vergessenheit gedrängt. Wir sehen ihn nicht; wir hören ihn nicht; wir spüren ihn nicht.

Dagegen hören wir Tag für Tag von dem Kaiser; hören Tag für Tag von persönlichen Handlungen des Kaisers, die allgemein als Regierungshandlungen gelten. Der Kaiser ist überall; der Reichskanzler nirgends. Die Theorie ist nichts — die Praxis alles.

Die ganze Regierungsmaschinerie steht still, wenn der Kaiser sie nicht in Bewegung setzt. Die einfachsten Regierungshandlungen unterbleiben und seien sie noch so dringend und nothwendig, wenn der Kaiser zufällig nicht anwesend ist. Nur ein kleines, brennend aktuelles Beispiel, das sehr schlagend ist. Wir alle wissen, daß uns eine außerordentliche wichtige Reichstags-Session bevorsteht. Es ist die erste Session eines neuen Reichstags, der nach einem leidenschaftlich erregten Parteienkampf gewählt worden ist, und eine wesentliche Verschiebung der Parteien zum Ausdruck bringt. Fragen von ungewöhnlicher Tragweite, Fragen, die das Volk in all seinen Schichten beschäftigen, sind auf der Tagesordnung. Wohlan — seit Monaten erwarten wir Tag für Tag die Bestimmung des Eröffnungstages der Session; seit Monaten werden wir zum Narren gehalten durch offiziöse Meldungen von falschen Einberufungsterminen; und heute — fünf Tage vor Ende November — zu einer Zeit, wo der Reichstag sonst zusammenzutreten pflegt, und wo sein Zusammentritt durch parlament-geschäftliche und politische Rücksichten dringend geboten ist, — heute wissen wir noch nicht einmal, wann der Reichstag heuer zusammentritt!

Das sind unleidliche Zustände, denen, je eher je besser, abgeholfen werden muß.

Wir müssen wissen, wer, was und wo die Regierung ist. Und wir verlangen, daß die Regierung Regierung sei. Keine Nebenregierungen, keine persönliche Regierung — eine Regierung, wie die Verfassung sie vorschreibt, und wie die das Interesse des deutschen Volkes sie erheischt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November.

Die Anti-Anarchistenkonferenz soll nach einer Meldung der „Pol. Corresp." aus Rom nicht weniger als etwa Monatsfrist dauern. Es sind alle europäischen Staaten vertreten durch ungefähr vierzig Mitglieder. Die genannte Korrespondenz sagt weiter:

„Es wird in Regierungskreisen erwartet, daß die Konferenz mindestens zum Beschlusse, engere Beziehungen zwischen den Polizeibehörden der Staaten behufs Ueberwachung der Anarchisten zu schaffen, sowie zu der Vereinbarung, daß alle anarchistischen Verbrechen als gemeine zu behandeln seien, führen werde. Man hegt jedoch die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch bezüglich anderer Punkte zu einem Einvernehmen zu gelangen. Im Hinblick auf den ernsten Charakter der Konferenz soll von der Veranstaltung der Festlichkeiten, wie sie sonst bei ähnlichen Anlässen üblich sind, abgesehen werden."

Gewiß ist die Sache ernst, sehr ernst. Aber die Regierungen nehmen die ernste Sache unendlich leicht.

In Monatsfrist ließe sich nicht nur etwas Gutes berathen, sondern auch Thaten ließen sich ins Werk setzen. Doch die Konferenz trägt den Polizeistempel auf der Stirn. Polizei — nicht im Sinne weitherziger Wohlfahrtspflege, sondern in dem nun schon völlig eingebürgerten Sinne reaktionärer Erstickungs- und Unterdrückungsmaßnahmen.

Wollte man den Anarchismus ernsthaft bekämpfen, so müßte man das Elend und die Noth des Volkes bekämpfen. Das ist freilich nicht so leicht wie das Ersinnen immer neue und immer raffinirterer Polizeimethoden. —

Podbielski-Thaten. Die Entlassungen von Post-Unterbeamten dauern fort. Es wird uns mitgetheilt, daß auf Veranlassung des Herrn von Podbielski neuerdings auch in Hildesheim und in Hannover einer großen Zahl von Unterbeamten gekündigt worden ist. Es handelt sich in allen Fällen um Beamte, die noch nicht fest angestellt waren und die der Theilnahme am Verbande der Post-Unterbeamten verdächtig sind. In dem einen Falle soll es sich um etwa ein Dutzend, im andern um ca. 50 Beamte handeln.

Wenn Herr v. Podbielski vermeint, in schneidigem Husarenritt die Postbeamtenschaft „säubern" zu können, so prophezeien wir ihm schon heute, daß er selbst und seine Mitreiter eher zu Fall kommen werden, als daß er sein reaktionäres Ziel erreicht.

Wenn den Postunterbeamten das Koalitionsrecht zerschlagen wird, wenn durch Machtausübung jede Selbstständigkeit ausgerottet werden soll, so wird dies höchstens dazu führen, einige harmlose Existenzen in Ungemach zu schleudern, nimmermehr aber dazu, die Postunterbeamtenbewegung zu ersticken.

Aeußerlich vielleicht kann Herr v. Podbielski Kirchhofsfrieden erzwingen. Aber die Gemüther der Postangestellten werden von herbster Erbitterung erfaßt werden und die Klassengegensätze innerhalb des Postreiches werden mehr denn je vertieft und verbreitert werden. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Bundesrath genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag die Ausschußberichte über die Entwürfe der Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, für das Reichsamt des Innern, für das Reichs-Schatzamt, für das Reichs-Eisenbahnamt und für den Rechnungshof des Deutschen Reiches und ertheilte dem mündlichen Bericht über die Vorlage wegen Abänderung der Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze vom 10. Mai 1892, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften die Zustimmung. —

Das Reichstags-Präsidium. Die „Voss. Ztg." sagt in einer Betrachtung über die Zusammensetzung des Reichstags-Präsidiums, daß nächst dem Zentrum und den Konservativen — sofern man von der Sozialdemokratie absieht — die Nationalliberalen an Zahl der Mandate folgen. Sie macht aber dazu die charakteristische Bemerkung:

„Wenn man die freisinnige Volkspartei, freisinnige Vereinigung und süddeutsche Volkspartei als eine Fraktion rechnen dürfte, hätte diese und nicht die nationalliberale Partei Anspruch auf eine Vizepräsidentenstelle."

Es scheint danach in linksliberalen Kreisen starke Stimmung vorhanden zu sein, Anspruch auf einen Sitz im Präsidium zu erheben. Die konservativen Blätter zeigen sich schon jetzt sehr betrübt über diese Aussicht. —

Das Reichs-Versicherungsamt soll durch die Bildung einer neuen Spruchkammer eine Erweiterung erfahren, da die einlaufenden Rekurse innerhalb der bisherigen Organisation sich nicht mehr erledigen lassen. Die entsprechende Forderung wird im Etat für 1899 zum Ausdruck kommen, ebenso eine Forderung für die Gliederung des Reichs-Gesundheitsamtes in mehrere Abtheilungen mit besonderen Abtheilungsvorstehern. Diese Gliederung ist durch die Errichtung einer biologischen Abtheilung in Verbindung mit dem sonstigen ständigen Geschäftszuwachs des Reichs-Gesundheitsamtes erforderlich geworden. Der Etat für 1899 fordert die Schaffung einer medizinischen Abtheilung und die Einstellung eines ärztlichen Hilfsarbeiters.

Reichs-Versicherungsgesetz. Der Entwurf eines Reichs-Versicherungsgesetzes soll nunmehr fertiggestellt sein. Für private Versicherungsunternehmen aller Art ist Konzessionspflicht und Staatsaufsicht vorgesehen. Die Aufsicht über kleinere Anstalten sollen die Behörden des Bundesstaates führen, die über größere soll durch eine besonders zu schaffende Reichsbehörde ausgeübt werden. —

Lehrer-Relikteugesetz. Nach Blättermeldungen ist Aussicht vorhanden, daß dem nächsten Landtage eine Vorlage über die Versorgung der Hinterbliebenen von Lehrern unterbreitet werden wird. —

Bismarck's „Gedanken und Erinnerungen" werden in wenigen Tagen erscheinen. Schon jetzt sind mehrere Blätter in der Lage, einige Abschnitte daraus mitzutheilen. So bringt das „Berl. Tagebl." Aeußerungen Bismarck's über seine Erlebnisse im Jahre 1848 und die „Münchener Allg. Ztg." bringt den Briefwechsel zwischen Bismarck und Ludwig II. von Bayern.

Den bisherigen Veröffentlichungen können nur unter historischen Gesichtspunkten Werth beigemessen werden. Für die jetzige Zeit haben sie keine Bedeutung.

Daß auch die neuen Bekenntnisse der schönen Bismarck-Seele von unflätigen Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie wimmeln, nimmt nicht Wunder. Wenn z. B. bekannt wird, daß Bismarck in einem Briefe vom 12. August 1878 die Sozialdemokratie als „bedrohliche Räuberbande" bezeichnet, so weiß alle Welt nur zu gut, daß Bismarck es gewesen ist, der das Räuberhandwerk des deutschen Kapitalismus in System gebracht und die Förderung der Volksausplünderung im großen Stile als seine Lebensaufgabe angesehen hat. —

Freisinn contra Freisinn. Bei den Häkeleien, die jetzt wieder in starkem Maße zwischen den verschiedenen Richtungen des bürgerlichen Linksliberalismus angesponnen werden, kommen allerlei nette Sachen zu tage. Die „Berliner Zeitung" bringt eine Zuschrift aus Ostpreußen, welche die Gründe sucht, warum der Freisinn auf dem Lande Bankrott gemacht hat. Da wird unverblümt zugegeben:

„Zwar heißt es im Programm an einer Stelle: „Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen des Standes", und an einer anderen: „Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit", aber gethan ist zur Ausführung dieses Programmpunktes noch nichts. In Ostpreußen ist die Ursache davon, daß früher die Fortschrittspartei von dem freigesinnten Grundbesitz getragen wurde. Es ist ja bekannt, daß die Partei dort in die Brüche ging, als die Getreidezölle immer höher stiegen. Einer nach dem andern fiel ab und schlug sich seitwärts in die Büsche zu den Agrariern. Als in den neunziger Jahren die Trümmer der Partei auf Veranlassung des leider zu früh verstorbenen Professors Thimm-Tilsit sich zu organisiren begannen, waren es zumeist größere Besitzer, die den Stamm der neuen Partei ausmachten. Diese Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß den Landarbeitern gar kein Interesse entgegengebracht wurde."

Das genannte Blatt zählt ferner noch Fälle auf, in denen die freisinnige Parteileitung einer Agitation ihrer Parteigenossen unter den Landarbeitern aus Rücksicht auf die Besitzer schroff entgegengetreten ist. —

Die Versicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter durch die Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalten. In der vorigen Reichstagssession war bekanntlich vorgeschlagen

worden, den Versicherungszwang dieser Arbeiterkategorie zu beseitigen, um die überwiegend landwirthschaftlichen Versicherungsanstalten, besonders der östlichen Landestheile zu entlasten. Und da die finanzielle Entlastung dieser Anstalten ja sowohl für die Regierung als auch für die rechtsstehenden Parteien das Motiv für die Revision des Invaliditäts-Versicherungs-Gesetzes ist, so ist es möglich, daß derselbe Gedanke bei der Berathung der dem neuen Reichstag vorzulegenden Novelle zum Invaliditätsversicherungs-Gesetz wiederkehrt. Demgegenüber weist die „Vossische Zeitung" darauf hin, „daß die Befreiung der landwirthschaftlichen Arbeiter zur Ausgleichung unter den verschiedenen Trägern der Versicherung nicht nur nicht beitragen, sondern die Finanzlage der landwirthschaftlichen Versicherungsanstalten noch verschlechtern würde. Diese Anstalten würden dann auf die Versicherung der im Vergleich zu anderen Anstalten bei ihnen nur spärlich vorhandenen industriellen Arbeiter beschränkt sein. Dies würde aber ihre Lage nur noch bedenklicher gestalten, zumal ihnen durch Erstattung der Beiträge an die früher versicherungspflichtigen landwirthschaftlichen Arbeiter ein weiterer Theil ihres Vermögens entzogen würde. Sollten jedoch die landwirthschaftlichen Arbeiter in größerem Umfange von der Beitragserstattung absehen und sich freiwillig fortversichern, so würde die gegenwärtige Lage der Anstalten zwar im wesentlichen die gleiche bleiben wie bisher; in Zukunft aber würde durch den freiwilligen Eintritt landwirthschaftlicher Arbeiter in die Versicherung eine erhebliche Mehrbelastung erwachsen. Für diese Versicherten würde nämlich der Reichszuschuß wegfallen und dieser Ausfall müßte, da eine Herabsetzung des Gesammtbetrags der Renten oder eine wesentliche Erhöhung der Beiträge für diese Klasse von Versicherten nicht in Frage kommen könnte, aus Mitteln der Anstalt ersetzt werden. Dazu kommt, daß von der freiwilligen Versicherung weniger die jungen und gesunden, als vielmehr die gerade bei den landwirthschaftlichen Anstalten zahlreich vorhandenen älteren und der Erwerbsunfähigkeit nahestehenden Arbeiter Gebrauch machen würden, die für die freiwillige Versicherung schon binnen kurzer Zeit auf eine Gegenleistung hoffen, die zu dem Werthe ihrer wenigen Beiträge in keinem Verhältnisse stehen würde. Endlich darf nicht übersehen werden, daß die Versorgung der nicht versicherten landwirthschaftlichen Arbeiter wiederum vielfach den Trägern der Armenpflege anheimfallen würde, und die hierdurch entstehenden umfangreichen Mehrlasten von denselben Kreisen vorzugsweise getragen werden müßten, für welche die Befreiung der landwirthschaftlichen Arbeiter von der Versicherungspflicht vermeintlich Erleichterungen schaffen soll."

Dieselben Bedenken treffen nach den Ausführungen des Blattes im wesentlichen auch zu für die übrigen Gruppen von Versicherten, deren Ausscheiden aus der Versicherung vorgeschlagen worden ist, nämlich für die Gehilfen im Handwerk und den kleingewerblichen Betrieben sowie für das Gesinde. Zu diesen Bedenken käme noch die Schwierigkeit, daß die Grenze zwischen handwerksmäßigen, kleingewerblichen und fabrikmäßigen Betrieben nicht immer leicht zu erkennen ist. Bei dem Ineinandergreifen dieser Betriebe und bei dem steten Wechsel des Personals in fabrikmäßigen und kleingewerblichen Betrieben würden durch eine Befreiung der in letzteren beschäftigten Personen von der Versicherungspflicht noch größere Unzuträglichkeiten entstehen, als beim Wechsel zwischen gewerblicher und landwirthschaftlicher Beschäftigung. Es würde nämlich bei dem so häufigen Ausscheiden aus einem Fabrikbetriebe und Uebernahme einer Beschäftigung in einem nicht versicherten kleingewerblichen Betriebe stets eine Unterbrechung der Versicherung eintreten, und die Anwartschaft auf Rente könnte sogar überhaupt verloren gehen, wenn sie nicht durch freiwillige Fortsetzung der Versicherung aufrechterhalten wird. —

Zur Fleischnoth. Der Petition, die der Berliner Magistrat und die Stadtverordneten an den Reichskanzler zu richten beabsichtigen, wird zur Begründung eine vom Direktor des Berliner Vieh- und Schlachthofes ausgearbeitete Denkschrift beigegeben werden, welche die Frage der Grenzsperren in erschöpfender Weise behandelt. In dieser Schrift wird der „Allgem. Fleischer-Zeitung" zufolge die Versicherung der Großgrundbesitzer, daß die deutsche Landwirthschaft bei „angemessenen" Preisen den Bedarf Deutschlands wie an Brotgetreide so auch an Fleisch zu erzeugen vermöge, als unerfüllt und unerfüllbar gekennzeichnet. Der Beweis dafür wird durch den statistischen Nachweis geführt, daß der Viehbestand Deutschlands in den fünf Jahren von 1892 bis 1897 an Lebendgewicht nur um 3,02 pCt., die Bevölkerung aber um fast 6 pCt. gestiegen sei. Die Denkschrift folgert daraus, daß die Mitwirkung vieherzeugender Nachbarländer bei der Versorgung Deutschlands mit Fleisch nicht entbehrt werden könne. Der Rückgang der Vieheinfuhr sei von 1892 bis 1897 auf 860 498 Doppelzentner oder 1,6 Kilogramm für den Kopf der Bevölkerung gesunken. Die Steigerung der Einfuhr geschlachteten Fleisches um 37 714 Doppelzentner bezeichnet die Denkschrift als von unerheblichem Belang, da, abgesehen davon, daß dieses Fleisch von geringerem Werth sei, der Fleischbedarf, der für 1892 nur auf 42 Kilogramm, für 1897 auf grund der verbesserten Erwerbsverhältnisse aber auf 45 Kilogramm für Kopf und Jahr zu schätzen sei, um fast 3 Millionen Doppelzentner gewachsen sei.

In überzeugender Weise wird sodann nachgewiesen, daß eine gesetzliche Berechtigung der Viehsperre nicht anzuerkennen sei. Grenzsperren gegen Vieheinfuhr sind nach dem Gesetz vorgesehen, „wenn im Auslande eine Viehseuche in einem für unseren Viehbestand bedrohlichem Umfange herrsche." Nun sei aber, wie aus den amtlichen Veröffentlichungen des kaiserl. Gesundheitsamts hervorgehe, im September in Oesterreich und Mähren kein Fall, in Oest.-Schlesien nur ein Fall von Klauenseuche vorgekommen, Dänemark und die Niederlande seien frei, in Belgien hätten im Mai 4, im Juni 12 Ortschaften Seuche gehabt. Andererseits seien in Deutschland am 15. Oktober noch 5633 Gehöfte in 881 Gemeinden verseucht gewesen, nur Ostpreußen, Schleswig, Hannover seien frei, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Königreich Sachsen fast frei von Seuchen gewesen. Wie könne diesen Thatsachen gegenüber die Sperre gegen die Schweine-Einfuhr aus Dänemark, gegen die Rind- und Schweine-Einfuhr aus den Niederlanden und Belgien aufrecht erhalten werden? Wie solle es verstanden werden, daß nach Beuthen jetzt wöchentlich nur 525 anstatt früher 700 bezw. 900 Schweine aus dem seit 1½ Jahren seuchenfreien Sosnowice eingeführt werden dürfen, zumal doch die Erlaubniß auch der geringeren Einfuhr beweise, daß eine Seucheneinschleppung nicht befürchtet werde. Wie könne man aus dem Gesetze eine Handhabe entnehmen dafür, daß man dänische auf Tuberkulin reagirende Rinder strenger behandle, als solche deutschen Ursprungs, besonders da die Reaktion auf Tuberkulin kein einwandfreies Zeichen für Tuberkulose sei. — Zum Schlusse empfiehlt die Denkschrift, die Seuchen im Innern durch ein schärferes Augenmerk auf den heimischen Viehstand, durch schnellere Meldung und gewissenhaftere Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften der Landwirthe im Falle des Ausbruchs der Seuche sowie durch Verbesserung der baulichen Einrichtungen für das Vieh, z. B. der Sammelställe der Händler, zu bekämpfen.

Außer den Agrariern und deren Schutzpatronen wird es allerdings wohl kaum jemand begreifen können, wie man den Thatsachen gegenüber noch immer an der Sperre festhalten kann und sich nicht scheut, die Maßnahme rechtfertigen zu wollen mit dem Hinweis auf die „Seuchengefahr". —

Die ungerechtfertigten Ausweisungen ganz harmloser dänischer Staatsbürger aus Nordschleswig scheinen der deutschen Geschäftswelt recht unangenehm werden zu sollen. Der „Voss. Ztg." liegen mehrere Briefe vor, in denen von Dänemark aus die deutschen Geschäftsverbindungen gekündigt werden. So schreibt ein Kopenhagener Geschäftshaus an eine hiesige Firma:

Kopenhagen, 22. November. Herrn H.... Auf grund der in der letzten Zeit in Sönderjylland (Schleswig) erfolgten Ausweisungen von dänischen Unterthanen finden wir uns veranlaßt, jede Geschäftsverbindung mit deutschen Firmen zu unterlassen und erlauben uns somit, Ihnen die laut Faktura vom 4. November 1898 erhaltenen Muster Laternen per Post zu retourniren, obschon uns Ihre Offerte übrigens sehr gut gefällt.

Die Berliner Firma fügt diesem Brief hinzu: „Ich hoffe, daß sich diese Briefe nicht vermehren werden, denn ich bin gerade im Norden Europa's stark engagirt." — Eine andere Berliner Firma (Tapetenfabrik) hat von einem Geschäftshause in Kopenhagen folgendes Schreiben erhalten:

Kjöbenhavn, 21. November. Herrn E. L.... Wie Ihnen bekannt sein wird, sind in der letzten Zeit eine Menge von dänischen Unterthanen vollständig ohne Grund aus Nord-Schleswig ausgewiesen worden. Die Gewaltthat seitens der preußischen Regierung hat selbstverständlich in ganz Dänemark einen großen Unwillen und Bitterkeit gegen Deutschland erregt und man ist hier stark dazu entschlossen, die geschäftliche Verbindung mit deutschen Firmen so sehr als möglich zu unterbrechen. Infolge dessen sind meine Ordres weniger als voriges Jahr geworden und behalte ich mir vor, falls das Verhältniß zwischen den beiden Nationen sich verschlimmern sollte, meine Ordres ganz oder theilweise zu annulliren.

Zu diesem Briefe bemerkt die Berliner Firma: „Durch viele Mühe habe ich jetzt festen Fuß in Dänemark gefaßt, um nun alle Resultate infolge einer kleinlichen Politik zu verlieren." —

Diese kleinliche Politik wird aber, wie es scheint, auch ferner fortgesetzt werden. So melden jetzt wieder die „Apenr. Nachr." von neuen Ausweisungen. Diesmal ist ein Hofbesitzer Schmidt von Norburg mit Frau und Tochter davon betroffen worden. Schmidt ist schleswigscher Optant, etwa 60 Jahre alt und bettlägerig; seine Frau ist kränklich. Zwei Söhne sind preußische Staatsunterthanen und haben ihrer Wehrpflicht in Preußen genügt.

Die Ausweisungen scheinen sich übrigens nicht auf die Grenzdistrikte zu beschränken. Wenigstens weiß die „Freis. Ztg." von der Ausweisung zweier Krefelder Kaufleute zu berichten, die aus Russisch-Polen stammen. Auf Verwenden von Krefelder Fabrikanten sei die Ausweisung bis auf weiteres aufgeschoben. —

Vom Nordostsee-Kanal. Nach den erschienenen amtlichen Mittheilungen über den Verkehr im Nordostsee-Kanal vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 ergiebt sich, daß die Verkehrsverhältnisse im letzten Jahre bessere geworden sind. Es haben 9396 Dampfer mit einem Gesammtraumgehalt von 1 927 946 Registertonnen, und 13 712 andere Fahrzeuge mit 541 849 Tonnen, zusammen 23 108 mit zusammen 2 469 795 Registertonnen, den Kanal benutzt. Bezüglich des Raumgehalts bedeutet dieses gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 33,61 pCt. Die Einnahme an Kanalgebühren betrug, aus den Dampfern 1 264 266 M., den Segelschiffen u. s. w. 289 161 M. zusammen 1 553 427 M. —

Freiherr v. Mittnacht, der württembergische Ministerpräsident, feierte am 23. d. M. sein 25jähriges Ministerjubiläum. Ministerpräsident ist er seit 1876.

Schon die Thatsache der langen Amtsdauer des Herrn v. Mittnacht weicht in interessanter Weise ab von den Zuständen, die wir in Preußen haben.

Unter der Leitung des Herrn v. Mittnacht haben sich die politischen Verhältnisse Württembergs in liberaler Art entwickelt. Herr v. Mittnacht hat nicht geglaubt, Volksbewegungen mit brutalen Polizeimaßregeln niederchikaniren zu können. Erst letzter Tage erklärte er verständigerweise in der ersten Kammer des Landstags, ein Wahlrecht ließe sich nicht auf die Dauer gegen die Wünsche der Bevölkerung aufrecht erhalten. —

Aus Baden, 23. November. (Eig. Ber.) Zwischen der badischen Regierungsvertretung und der zweiten Kammer scheint ein Konflikt entstanden zu sein. Die Landstände wurden im Sommer vertagt. Jetzt berief die Regierung auf den 22. November durch eine Kabinetsordre die beiden Kommissionen ein, welche zur Berathung der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und zur Erledigung des Dotationsgesetzes der Geistlichkeit von der zweiten Kammer gewählt sind. Da die Verfassung der Krone nur die Einberufung der Landstände einräumt, wurden über die Rechtmäßigkeit der Kommissionsberathung in der Presse aller Richtungen Bedenken geäußert. Nach ihrem Zusammentritt haben die Kommissionen, wie dies aus einer Mittheilung des „Bad. Nachr.-Bur." hervorgeht, diese Bedenken getheilt. Sie ließen dem Ministerium durch den Präsidenten der Zweiten Kammer mittheilen, daß die Berathungen nur dann vorläufig aufgenommen würden, wenn die Regierung sich dazu versteht, die Ersatzwahlen für den Präsidenten der beiden Kommissionen (Fieser) und den Abg. Straub, deren Mandate wegen Beförderung im Sommer schon erloschen sind, anzuordnen und dann die Kammern zur Ergänzung der Kommissionen einzuberufen. Sonst würden die Deputirten streiken. Man hofft, daß die Regierung eine Verständigung anbahnt. Auch ist der Termin für die beiden Nachwahlen bereits auf den 2. Dezember angesetzt. —

Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen. Die Elsaß-Lothringen'schen Polizeibehörden fahren in ihrer Praktik der Massenausweisungen von Ausländern unverwandt fort. Eben sind wieder sieben Personen aus dem Gebiete des Reichslandes gewiesen worden; drei davon sind französischer (darunter der Professor Charles Vélain von der Sorbonne in Paris), drei italienischer und einer schweizerischer Staatsangehörigkeit. Ueber die Gründe, welche zu diesen behördlichen Maßregeln Anlaß geben, erfährt die Oeffentlichkeit nichts. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Strafkammer in Glatz wurde der schon vielfach vorbestrafte Maurer F. R. aus Kunzendorf zu einem Jahr Gefängniß wegen Beleidigung des Kaisers verurtheilt.

Aus Altona wird telegraphisch berichtet: Das hiesige Landgericht verurtheilte den Schirmmacher Oldenburg wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängniß. —

Oesterreich-Ungarn.

Zum Sprachenstreit. Die Blätter veröffentlichen eine Mittheilung des Czechenklubs, nach welcher der Klub einstimmig folgende Resolution angenommen hat: Der Czechenklub spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß der Zwang czechischer Reservisten, sich bei der Kontrollversammlung ausschließlich in deutscher Sprache zu melden, den thatsächlichen militärischen Vorschriften nicht entspricht und auch mit der dreißigjährigen, bis in die jüngste Zeit geltenden Praxis nicht übereinstimmt. Eine derartige Erniedrigung berührt das nationale Empfinden des ganzen czechischen Volkes aufs schmerzlichste und dies um so mehr, als sicher gestellt ist, daß anderen Nationalitäten eine solche Erniedrigung nicht zugefügt wird. Um eine gründliche Remedur zu schaffen, beschließt der Klub, eine Denkschrift über die rechtliche Seite dieser Angelegenheit der Regierung zu überreichen. Was jedoch die Leitung des Kriegsministeriums anbelangt, so wird der Klub an der entsprechenden Stelle seine Konsequenzen ziehen.

Damit dringt der Sprachenstreit denn auch in die Verhältnisse der Armee ein. Das letzte und festeste Bollwerk der Einheit der österreichischen Monarchie wird angebröckelt. —

Der sozialdemokratische Abg. Daszynski stellte im Anschluß an seine Rede im Abgeordnetenhause am 22. d. M. nachfolgenden Antrag:

Die Regierung wird aufgefordert, den aus den Gerichtssprengeln Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt im Laufe der Zeit von 1884 bis 1891 ausgewiesenen Personen die Rückkehr in den Bezirk der Suspension durch die Aufhebung der in Alinea 8 der Verordnung des Gesammtministeriums vom 8. Juni 1891 enthaltenen Beschränkung unverzüglich zu gestatten. Die Regierung wird weiter aufgefordert, jene Ausweisungen, die lediglich wegen Bethätigung an der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung von der politischen Behörde in allen Kronländern, besonders in zahlreichen böhmischen Industrieorten, massenhaft aber von der Prager Polizeidirektion verhängt wurden, sofort aufzuheben.

Vom Präsidenten wurde erklärt, daß dieser Antrag bei der Verhandlung der Ministeranklage nicht mit berathen werden könne. Er wird deshalb von den sozialistischen Abgeordneten bei der Verhandlung der Regierungsvorlage über den Ausnahmezustand wieder eingebracht werden. —

Wien, 24. November. Abgeordnetenhaus. Peßler, Böheim, Erb und Pfliegl überreichten Petitionen zahlreicher oberösterreichischer Gemeinden und Gewerbegenossenschaften, in welchen um Ablehnung des Ausgleichs mit Ungarn gebeten wird. Sodann ging das Haus zur Tagesordnung über und setzte die Verhandlung des Anklageantrages Daszynski-Kosakiewicz wegen Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien fort. Zunächst sprachen Potoczek (Mitglied des Polenklubs), sodann Stapinski (Polnische Volkspartei), ersterer gegen, letzterer für den Antrag.

Budapest, 24. November. Auf dem Museumsring fanden heute wieder größere Ansammlungen beschäftigungsloser Personen statt. Die Polizei traf Sicherheitsvorkehrungen und ließ keine Demonstrationen zu. Als Banffy beim Parlamentsgebäude vorfuhr, machte die Menge Miene, dem Wagen nachzustürzen, die Polizei schritt jedoch ein und zerstreute die Volkshaufen.

Im Abgeordnetenhause besprachen vor Eintritt in die Tagesordnung mehrere Mitglieder der Opposition das Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Straßendemonstrationen und den Erlaß des Unterrichtsministers bezüglich des Regierungsjubiläums des Kaisers. —

Kultusminister v. Wlassicz erwidert dem Vorredner, indem er nachweist, die Polizei habe die Vorrechte der Universität nicht verletzt. Er sei ein wärmerer Freund der Jugend als jene, welche dieselbe dazu aufgestachelt hätten, der öffentlichen Gewalt Widerstand zu leisten. Er bitte die Jugend, nicht zu demonstriren, da sonst die Universität gesperrt werden würde. Die Opposition bringt sodann die Verordnung des Unterrichtsministers zur Sprache, welche für den 2. Dezember, den Tag des Regierungsjubiläums des Königs, Festgottesdienste anordnet. Der Ministerpräsident Baron Banffy verweist darauf, daß auch im Jahre 1873 die gesetzgebenden Körperschaften und das Land das Jubiläum begingen. Er hoffe, das Haus werde jetzt denselben Standpunkt einnehmen wie vor 25 Jahren. Das Haus beschloß, in eine Debatte über die Indemnitätsvorlage einzutreten.

In den Straßen beim Abgeordnetenhause herrscht völlige Ruhe. Dieselben haben ihr gewöhnliches Aussehen.

Budapest, 24. November. Der Reichs-Kriegsminister von Krieghammer beharrt auf seiner Demission. —

Frankreich.

Paris, 22. November. (Eig. Ber.) Mitten in der stillen Pause, die nach den Stürmen der letzten Monate eingetreten ist, gilt die gestrige Antrittsrede Barthou's, des neuen Vorsitzenden der „progressistischen" Kammergruppe, als ein politisches Ereigniß. Der ehemalige Polizeiminister im Kabinet Meline verdankt den Ehrenposten dem Umstand, daß die berufeneren Spitzen der geldsackrepublikanischen „Progressisten" theils im Ministerium Dupuy versorgt sind, theils die Wahl abgelehnt haben. Immerhin kann die Wahl Barthou's nicht gerade als ein Zeichen der treuen Anhänglichkeit der Bourgeois-Republikaner an das Konzentrationsministerium Dupuy betrachtet werden. Hinter Barthou steht Meline und Barthou selber ist mit Dupuy nichts weniger als befreundet, seitdem er anfangs 1895 durch seine geräuschvolle Demission den Sturz des zweiten Kabinets Dupuy herbeigeführt hat. Diese Verhältnisse kommen denn auch deutlich in seiner gestrigen Rede zum Ausdruck. Das obligate sauersüße Kompliment an die „republikanische Einigung" begleitet Barthou mit Forderungen, die geradezu auf die Sprengung der besagten Einigung berechnet sind. Gegen Dupuy's Reformversprechungen hat er nichts zu sagen. Er weiß ja aus eigener Erfahrung, wie leicht und wie straflos diese Versprechungen gebrochen werden können. Dagegen fordert er in gebieterischem Tone die Wiedereinsetzung der paar reaktionären Präfekten, die von Brisson wegen ihrer klerikal-monarchistischen Wahlaktion abgesetzt worden waren. . . . So tief ist das Niveau der herrschenden Parteien gesunken, daß sie sich nur noch um die Vertheilung des Futtertrogs unter ihre respektiven Kreaturen streiten, nachdem sie so leicht und gern ihre respektiven Programme aufgegeben haben.

Sonst ist noch aus Barthou's Rede die sehr verspätete Erklärung hervorzuheben, daß seine Partei sich in der Dreyfus-Affäre der Entscheidung des Kassationshofes beugen werde. Wie großmüthig seitens eines Politikers, der mit seinem Chef Meline die schwerste Verantwortung trägt für die verbrecherischen Umtriebe des Generalstabes!

Die Amnestieberathung in der Kammer ist nun zu Ende geführt worden. Es ist ein lobenswerther Brauch des französischen Parlamentarismus, daß die Härten, die objektiven und subjektiven Ungerechtigkeiten der Klassenjustiz von Zeit zu Zeit durch einen souveränen Parlamentsakt theilweise wieder gut gemacht werden. Leider aber pflegt auch diese theilweise Ersetzung des formalen Gesetzes durch das Recht den augenblicklich vorherrschenden Stimmungen untergeordnet zu bleiben. Im gegebenen Fall tritt das besonders kraß zu tage. Die antijüdischen Räuberbanden von Algerien wurden amnestirt, nicht aber die Opfer der „verbrecherischen" Anarchistengesetze, von denen mehrere seit Jahren im Bagno schmachten wegen mehr oder minder erwiesener Preßvergehen. Ebenso wurden alle mit der Dreyfus-Affäre in Verbindung stehenden Preßvergehen von der Amnestie ausgeschlossen. Regierung und Kammer wollen also in ihrer „patriotischen" Verblendung um keinen Preis der „Armee-Ehre" die Prozesse Zola und Gohier ersparen.

Für das Proletariat ist am werthvollsten die Amnestie der Streik- und der vereinsgesetzlichen Vergehen. —

Paris, 24. November. Deputirtenkammer. In der Kammer wurde heute der Entwurf eines von zahlreichen Deputirten unterzeichneten Antrages vertheilt, welcher eine Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf zwei Jahre bezweckt. Der Deputirte Coutant (Sozialist) bringt einen Antrag ein, dahingehend, den Arbeitgebern solle verboten werden, mehr als zehn Prozent ausländische Arbeiter zu beschäftigen. Coutant fordert für seinen Antrag die Dringlichkeit. Ministerpräsident Dupuy bekämpft die Dringlichkeit, weil eine ernsthafte Prüfung des Antrages nothwendig wäre. Die Dringlichkeit wird darauf verworfen. Dejeante (Soz.) richtet an die Regierung eine Anfrage über die Betheiligung Frankreichs an der Anti-Anarchisten-Konferenz in Rom.

Der Prozeß Picquart. Die Entscheidung des Gouverneurs Zurlinden, daß Picquart vor das Kriegsgericht gestellt werden solle, erfolgt ohne die Zustimmung des Kriegsministers Freycinet. Freycinet habe nur deshalb nachgegeben, weil Zurlinden demissioniren zu wollen erklärte, wenn das ihm zustehende Recht der selbständigen Entscheidung gekürzt werden sollte. Labori wird Picquart vor dem Kriegsgericht vertheidigen. Man hofft noch, daß die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Picquart durch Eingreifen des Kassationshofes hinausgeschoben werden wird. Der Befehl, nach welchem Picquart wegen Fälschungen und Gebrauchs von Fälschungen vor das Kriegsgericht zu stellen ist, welches am 12. Dezember zusammentreten soll, ist von General Zurlinden am gestrigen Vormittag unterzeichnet worden.

Der Minister für die Kolonien ermächtigte Frau Dreyfus, ihrem Manne ein Telegramm zu senden. Das Telegramm soll an den Gouverneur von Guyana adressirt werden, der es auf direktem Wege an Dreyfus gelangen lassen wird. —

Friedenskonferenz. Die Delegirten der spanisch-amerikanischen Friedenskonferenz werden erst am 28. November wieder zusammentreten, und zwar, wie man annimmt, zu einer letzten Sitzung, um sich die Antworten ihrer Regierungen gegenseitig mitzutheilen. —

Italien.

Die Anti-Anarchistenkonferenz ist gestern nachmittag in Rom unter dem Vorsitz des italienischen Justizministers eröffnet worden. Der italienische Ministerpräsident und der Minister des Aeußern sprachen den fremden Delegirten für ihr Erscheinen Dank aus. Der Justizminister gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der Konferenz gelingen werde, gute Resultate zu erzielen. Alsdann wurde ein Bureau gewählt, welches eine Tagesordnung feststellen soll.

Rom, 24. November. Der zwischen Italien und Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag wird in Oberitalien ungünstig beurtheilt. Der „Popolo Romano" erklärt, Luzzatti

habe wegen einer vorübergehenden Besserung des Geldmarktes schwerwiegende Zugeständnisse bei den Wein-, Alkohol- und Gespinnst-Zollsätzen gegen ein Linsengericht gemacht. —

Spanien.

Madrid, 24. November. In Regierungskreisen versichert man, daß der Friedensvertrag nächsten Montag bestimmt unterzeichnet werden wird. Die Kortes werden in der ersten Hälfte des Dezember zusammenberufen, um den Vertrag noch vor Weihnachten zu ratifiziren. Die Kortes werden sich sodann am 22. Dezember wieder vertagen. Sagasta wird gleichzeitig seine Demission geben. Man glaubt aber, daß die Königin-Regentin ihn wieder mit der Bildung des Kabinets betrauen werde. —

Rußland.

Petersburg, 24. November. Die „Handels- und Industrie-Zeitung" theilt mit, das Verkehrsministerium werde im Reichsrath einen Entwurf betreffend Abänderungen des internationalen Eisenbahn-Gütertransport-Vertrages einbringen. Die Abänderungen bezwecken eine weitere Erleichterung des internationalen Güterverkehrs. —

Der Ostsee-Kriegshafen Libau ist, wie bereits mitgetheilt wurde, vollendet. Der größte Theil der baltischen Flotte wird nun demnächst von Kronstadt nach Libau überführt. Während die russische Ostseeflotte bisher in Kronstadt jährlich drei Monate im Eise eingeschlossen war, kann sie hier in Libau das ganze Jahr ungehindert ein- und auslaufen und ist der deutschen Küste fast um hundert Meilen näher. Der neue Hafen erhielt den Namen Alexanders III. —

Türkei.

Konstantinopel, 24. November. In gut unterrichteten Kreisen wird ein Ministerwechsel für unmittelbar bevorstehend bezeichnet. Said Pascha soll zum Großvezier ausersehen sein.

Asien.

Rußland in Ostasien. Der „Standart" meldet aus Odessa: In hiesigen militärischen Kreisen verlautet, daß die Besatzung in Russisch-China anfangs nächsten Jahres um 12000 Mann erhöht werden soll. Die jetzt in Philadelphia im Bau befindlichen russischen Kriegsschiffe würden direkt nach Ostasien gesandt werden. —

Aus Korea. Nach einem Telegramm aus Söul gewinnt die Reformpartei an Boden. Mehrere Beamte, unter ihnen der koreanische Gesandte in Japan, wurden verbannt. Der Kaiser erklärte den Vertretern der Mächte, er wünsche Reformen einzuführen. —

Zum Abschiede.

Einer Partei wie der unsrigen, deren Element der energische lebensfrohe Kampf ist, steht die Kopfhängerei schlecht an. So trug denn auch die Abschiedsfeier, die unserem ausgewiesenen Kollegen Adolf Braun zu Ehren veranstaltet war, nicht entfernt das Gepräge elegischer Stimmung. Die Männer und Frauen, die am Mittwoch Abend im Versammlungssaal der Arminhallen zusammengekommen waren, um ihrem scheidenden Freunde die Hand zu drücken, thaten dies in dem Empfinden, das sie stets beseelt hatte, wenn die Reaktion glaubte, wunder was gegen die Sozialdemokratie verrichtet zu haben: Sie gelobten, um so energischer am Zusammenbruch eines Systems zu arbeiten, mit dem man im thörichten Wahnwitz eine große Kulturbewegung aufhalten will; aber erheiterten auch die ernste Stunde durch frohsinnigen Witz, durch goldigen Humor. In einigen von Herzen kommenden Ansprachen gedachten die Redaktionskollegen der Schaffenskraft ihres Freundes; im Namen der Berliner Parteigenossen sprach ein Redner dem unfreiwillig Scheidenden Anerkennung und Dank dafür aus, daß er die politische und gewerkschaftliche Organisation mit Rath und That gefördert, daß er mit nie ermüdender Arbeitslust sich auch der kleinen Sorgen des kämpfenden Proletariats angenommen hatte. Als Echo des gesprochenen Dankes aber erklang vom Garten her ein Sängergruß aus hundert Kehlen, eine freudige Ueberraschung, die dem Ausgewiesenen von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes bereitet war. Und dann folgten in lebendiger Abwechselung Gesangsvorträge der Buchdrucker und witzfunkelnde Reimworte, die ihrem Urheber stürmisch gespendeten Beifall einbrachten. Die Mitternacht war längst vorüber, als die Versammelten dem abschiednehmenden Freunde die letzten Grüße und Wünsche frohen Wiedersehens zuriefen. Gestern Vormittag ist Adolf Braun aus dem ungastlichen Preußen abgereist, wo er noch in den letzten Tagen seines Aufenthalts den zweifelhaften Vorzug genoß, jeden seiner Schritte von Geheimpolizisten bewacht zu sehen.

Fragt man, was denn eigentlich die preußische Regierung veranlaßt haben kann, einen sozialdemokratischen Redakteur, der sich nicht das geringste gegen die bestehenden Gesetze hat zu schulden kommen lassen, in verhältnißmäßig ruhiger Zeit durch die harte Maßregel der Ausweisung zu schädigen, so ist auf diese Frage schwer eine Antwort zu geben. Es ist ein Nadelstich gegen uns von der Art, wie wir sie zu Dutzenden erleben. Die Ordnungsstützen, die gegen uns im großen, mit dem Sozialistengesetz, nichts ausrichten konnten, fingen es nun im kleinen an und sind, wie wir voller Mitleid um ihren Intellekt konstatiren müssen, bis heute noch nicht zu der Einsicht gelangt, daß man durch den immer noch beliebten Kleinkrieg wohl die einzelne Person, aber nicht die von ihr vertretene Sache schädigen kann.

So wird es auch mit der Ausweisung unseres Kollegen Braun sein!

Von Herzen bedauern wir das Scheiden unseres trefflichen Genossen, der seit langem in der deutschen Bewegung gewirkt und im Dienst unseres Blattes mit unermüdlichem Pflichteifer gearbeitet hat.

Vor etwa zehn Jahren kam Braun aus Wien nach Deutschland. Er war vorher mit einigen verdienstvollen wissenschaftlichen Studien aus dem Gebiete der Nationalökonomie hervorgetreten. Er hatte sich als Verfasser einer Schrift über die Hausindustrie seines Heimathlandes und eines Buches über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den europäischen Staaten in sozialpolitischen Kreisen einen guten Ruf erworben. In Deutschland war er zunächst in Dresden und München als Redakteur unserer dortigen Parteiblätter thätig, nachdem er schon früher in Wien unter der Leitung seines Schwagers Viktor Adler für unsere Parteizeitungen gearbeitet hatte. 1890 trat er auf etwa ein Jahr in die Redaktion des „Vorwärts" ein, ging dann als Redakteur wieder an die „Münchner Post" und hierauf abermals nach Berlin, wo er etwa zwei Jahre lang die Freuden und Leiden des freien Schriftstellerlebens auskostete. Ende 1893, nach Bruno Schoenlank's Abgang, wurde er von neuem politischer Redakteur unseres Blattes. In dieser Eigenschaft ist er, wie die Parteigenossen wissen, namentlich in den letzten Jahren nicht allein in seinem engeren Redaktionswirken, sondern auch als stiller Organisator mancher Berufskreise oft genug fast über das Maß seiner physischen Kräfte hinaus in Anspruch genommen worden. Nicht vereinzelt stehen die gewerkschaftlichen Organisationen da, die wesentlich durch die Mitarbeiterschaft Braun's dazu gekommen sind, die Statistik in ihrem Beruf zu pflegen und aus ihr heraus die erforderlichen Lehren und Schlüsse zu ziehen. Und diese Beihilfe geschah sozusagen unter der Hand, ohne daß größere Kreise auch in der Arbeiterschaft viel davon gewahr wurden, und vor allem, ohne daß unsere Staatsstützen einen selbst von ihrem Anschauungskreis aus plausiblen Grund aus dieser Thätigkeit herleiten konnten, ihm das Gastrecht zu versagen.

Einmal allerdings ging das Wirken Braun's aus dem umschriebenen Gebiet heraus. Es war das im Frühjahr 1896, als der Konfektionsarbeiter-Streik ausbrach. Zum recht wesentlichen Theil war es seiner klug abwägenden Taktik zuzuschreiben, daß die Ausständigen nicht allein, was ja selbstverständlich, der Unterstützung der Arbeiterschaft sicher waren, sondern sich auch in weiten bürgerlichen Schichten moralisch und materiell werthvolle Sympathien erwarben. In dieser Zeit war es auch, als Braun über die Veröffentlichung eines Geheimerlasses vernommen wurde; da er über die Herkunft desselben die Aussage verweigerte, wurde er in Zeugnißzwangshaft genommen. Er wurde jedoch bald wieder entlassen, gerade noch zeitig genug für ihn, um in der Ausstandssache einen für die Arbeiterschaft ehrenvollen Frieden herbeiführen zu helfen.

Selbstverständlich bleibt die Mitarbeiterschaft Braun's dem „Vorwärts" auch künftig erhalten. Die moderne Staatsretterei muß sich eben mit der Thatsache abfinden, daß ein gemaßregelter Redakteur ihr selbst noch nach der Verbannung „lästig" bleibt; der Geist hat weder vor den schwarzweißen Grenzpfählen, noch vor dem schwarzweißen Gefängniß den geringsten Respekt. Für den, der sehen kann, dürfte sich sogar ergeben, daß die einfache Thatsache der Ausweisung viel revolutionirender auf die Bevölkerung wirkt, als die Anwesenheit unseres Freundes in der Reichshauptstadt je hätte wirken können.

* * *

In letzter Abschiedsstunde übergiebt uns unser scheidender Kollege folgende Zeilen:

Wie schwer es mir wird, von Berlin zu scheiden, mich zu trennen von so vielen wohlwollenden Freunden und treuen Genossen, Abschied zu nehmen von einer liebgewordenen Thätigkeit, das kommt mir in der Abschiedsstunde zum vollen Bewußtsein.

Ich werde Berlin und der Berliner Sozialdemokratie ein dauerndes, inniges Gedächtniß bewahren. Ich werde streben, das, was ich hier gelernt habe, überall, wohin mich das Geschick noch verschlagen wird, zu verwerthen im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse.

Nicht konnte ich im Drange der letzten Tage allen die Hand drücken, von denen ich mich gerne persönlich verabschiedet hätte. Darum auf diesem Wege allen Freunden und Genossen ein herzliches Lebewohl!

Berlin, den 24. November 1898.

Adolf Braun.

Partei-Nachrichten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg, die in den Tagen vom 21. bis 24. November vorgenommen wurden, hat unsere Partei wiederum glänzend abgeschnitten. Im Wahlbezirk Sudenburg wurde unser Kandidat Dreher Otto Voß mit 1586 gegen 914 Stimmen des Kartells gewählt, im Wahlbezirk Neustadt unser Kandidat Redakteur und Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt mit 1886 gegen 975 Stimmen des Kartells. Im Wahlbezirk Altstadt, wo die Wahl am Donnerstag Abend abschloß, kandidirten 6 Sozialdemokraten. Ueber das Resultat wird uns telegraphirt: Odemar (Kartell): 4036; Dankworth (S.) 3986; Görnemann (S.) 1987; Brinck (S.) 4022; Scherbening (S.) 1882; Bertram (S.) 4029; Schulz (S.) 2080; Schäfer (S.) 2330. Unsere Kandidaten erhielten: Lankau: 1568, Meyer: 1546, Bethge: 1548, Böhme: 1544, Buchlow 1539.

Die Nachricht von den beiden glänzenden Siegen erregte unter der Arbeiterschaft Magdeburgs ungeheueren Jubel. Wir dürfen sagen, daß die ganze Partei an dieser Freude aufs herzlichste theilnimmt. Magdeburg ist, was den Kampf mit den Gegnern anbelangt, zur Zeit der exponirteste Posten der Partei; kaum ein Tag vergeht, wo nicht über neue Verfolgungen der dortigen Arbeiterschaft und insbesondere über Verfolgungen ihres tapferen Organs, der „Volksstimme", berichtet werden muß. Je ärger aber die Verfolgungen, um so besser der Zusammenhalt der Arbeiter, das zeigte sich bei der Reichstagswahl und das zeigt sich jetzt wieder bei der Stadtverordneten-Wahl in den Arbeitervierteln der nordsächsischen Metropole.

Aus Lemgo in Lippe-Detmold wird uns über das Ergebniß der Stadtverordnetenwahl geschrieben: Unsere Partei hat in der dritten Klasse einen großen Sieg errungen. In der Neuwahl erhielten Stimmen: unsere Genossen A. Schmuck, W. Strate und J. Anderer 272, 264 und 264, der Mischmasch-Kandidat Krüger 300. Zwischen Strate und Anderer entscheidet das Loos. Bei der Ersatzwahl wurden für die Genossen H. Schafmeister und Cl. Becker 264 und 260 Stimmen abgegeben. Resultat: von 5 Mandaten sind 4 den vereinigten Gegnern abgenommen; bisher hatten wir noch kein Mandat inne.

Von 1143 Wahlberechtigten nahmen 587 an der Wahl theil.

In Zeulenroda, einem Städtchen in Reuß ä. L., wurden zwei Parteigenossen in den Gemeinderath gewählt. In demselben sitzen nun vier Sozialdemokraten.

Die Gemeinderathswahl in Bretzenheim bei Mainz, die von unseren Parteigenossen angefochten war, wurde vom Kreisausschuß wegen vorgekommener grober Unregelmäßigkeiten für ungiltig erklärt.

Aus dem Kreise Hildesheim wird uns geschrieben: Lokale stehen uns im Kreise nur wenige zur Verfügung, trotzdem geht es, wenn auch langsam, vorwärts. Unsere Stimmenzahl stieg von 5500 bei der 1893er Reichstagswahl auf 6800, wir kamen in die Stichwahl, bei der wir noch zirka 500 Stimmen mehr aufbrachten, sodaß wir 7300 Stimmen erhielten. Unser Gegner, der Welfe, zu dessen gunsten sich alle Gegner vereinigt hatten, siegte mit 14 000 Stimmen. Wir haben den aufrichtigsten Wunsch, daß unsere Gegner das nächste Mal gleich von vornherein zusammengehen möchten, weil dann der Kampf für uns leichter wäre. Erwähnt sei noch, daß der Stimmenzuwachs im Landkreise sehr gering war; in der Stadt Hildesheim dagegen gewannen wir 800 Stimmen.

Bei den Bürgervorsteher-Wahlen, woran wir uns das erste Mal betheiligten, erhielten wir 100 Stimmen — ein Resultat, womit wir zufrieden sein können, da die meisten kleinen Leute an der Wahl nicht theilnehmen. Dieselbe ist insbesondere dadurch erschwert, daß die Erwerbung des Bürgerrechts mit 45 M. Kosten verknüpft ist. Unsere Hauptaufgabe besteht zunächst darin, die in kommunalen Dingen herrschende Gleichgiltigkeit zu beseitigen.

Die Betheiligung an der Landtagswahl wurde einstimmig abgelehnt.

Die Verbindung mit dem Kreise ist, wenn auch noch nicht vorzüglich, so doch gut; die Zahl der Vertrauenspersonen in den verschiedenen Gegenden des Kreises mag etwa 80 betragen. Der Wahlverein in Hildesheim hat 300 Mitglieder, die Zahl der dortigen organisirten Arbeiter beläuft sich auf rund 1200.

Einnahmen hatte die Partei im verflossenen Verwaltungsjahre 3031,71 M., einschließlich der Wahleinnahmen. 1000 M. von dieser Summe kamen aus der Zentralkasse. Da aus dem Kreise sehr wenig einlief, sind die überschießenden 2031,71 M. als in Hildesheim selbst aufgebracht zu betrachten. Flugblätter wurden im Laufe des Jahres im Kreise ca. 120 000 vertheilt.

An Strafen waren zu verzeichnen: 6 Wochen Gefängniß Genosse Spitzer wegen Beleidigung des Grafen Posadowsky bei einer Besprechung des Streikerlasses; 25,40 M. Strafe ꝛc. Genosse J. Evers wegen Veranstaltung eines nicht genehmigten Aufzugs, 20,40 M. Strafe ꝛc. Genosse Stephan wegen Ausführung dieses Aufzugs und 3 M. Strafe Genosse Schornbaum wegen Theilnahme an dem Aufzuge; ferner wurde noch bestraft ein Genosse zu 6 M. wegen Flugblatt-Verbreitung während der Kirchzeit und ein anderer zu 15 M. wegen nicht erlaubten Anheftens von Plakaten. Zum Vertrauensmann wurde Genosse J. Evers (Hildesheim, Süsternstr. 6) einstimmig wiedergewählt.

Alles in allem hatte die Partei im verflossenen Jahre gute Resultate zu verzeichnen und es wird unser Bestreben sein, auch fernerhin unsere Schuldigkeit zu thun, damit auch über dem Wahlkreis Hildesheim dereinst das rothe Banner weht!

Aus Solingen meldet die „Niederrheinische Volkstribüne", daß die Schumacher'sche Richtung seit einigen Wochen die in Düsseldorf erscheinende demokratische „Bürger-Zeitung" als ihr „sozialdemokratisches Parteiorgan" hält.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Dem Redakteur Weißmann vom „Volksblatt für Halle", der wegen mehrerer Preßvergehen eine längere Freiheitsstrafe verbüßt, ist im Gefängniß die sogenannte Selbstbeschäftigung, die ihm beim Antritt der Strafe anstandslos gewährt worden war, entzogen worden. Die Selbstbeschäftigung bestand darin, daß Weißmann für den Verleger der „Volkswacht", der seine Arbeitskraft gemiethet hatte, Arbeiten statistischen und wirthschaftlichen Charakters anfertigte.

Auf die Frage, warum die Erlaubniß zur Selbstbeschäftigung zurückgezogen worden sei, gab der Erste Staatsanwalt Hacker, der diese Stelle über ein halbes Jahr bekleidet, dahin Auskunft, daß sich unser Genosse absolut keines Verstoßes gegen die Gefängnißordnung schuldig gemacht hat, es könne ihm im Gegentheil das beste Zeugniß ausgestellt werden; bei der Maßnahme handle es sich nur darum, eine prinzipielle Entscheidung der Oberstaatsanwaltschaft in Naumburg darüber herbeizuführen, in welchem Umfange in Zukunft die Selbstbeschäftigung noch gewährt werden solle. Herr Hacker wies dabei darauf hin, daß er in seiner Stellung noch „neu" sei. So theilt das „Volksblatt für Halle" mit.

Zu dem Zwecke, eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, dient dem Herrn Ersten Staatsanwalt Hacker also ein sozialdemokratischer Redakteur als Versuchsobjekt. Warum provozirte Herr Hacker die „prinzipielle Entscheidung" nicht einfach dadurch, daß er die Oberstaatsanwaltschaft direkt um Auskunft anging? Sein Verfahren erinnert bedenklich an die Praktik gewisser Aerzte, die anstatt die Wirkung von giftigen Substanzen am eigenen Körper zu erproben, dieses Teufelszeug den Kranken in den Hospitälern einimpfen und dann in den Fachblättern mit der Weisheit paradiren, die sie auf eine für sie so billige Weise erworben haben. Das „Volksblatt für Halle" trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es angesichts des Vorgehens des Herrn Hacker meint, es solle eigentlich eine Vorschrift erlassen werden, wonach jeder Staatsanwalt und jeder Strafrichter vor Beginn seiner amtlichen Thätigkeit eine Zeit lang selber als Gefangene zu leben haben, damit sie wissen, wie das Leben im Gefängniß schmeckt.

— Mitglieder des Gesangvereins „Vorwärts" in Gößnitz in Sachsen-Altenburg hatten sich bei einem Ausfluge nach königlich sächsischem Gebiete mit rothen Nelken geschmückt. Dadurch sollten sie sich gegen eine sächsische Verordnung versündigt haben, die das Tragen republikanischer Abzeichen verbietet. Sie erhielten einen Strafbefehl, gegen den sie natürlich richterliche Entscheidung anriefen, die auch von Erfolg war. Das Schöffengericht in Meerane sprach sie frei, der Amtsanwalt aber — legte Berufung ein. Später hat er sich freilich eines bessern besonnen und die Berufung wieder zurückgezogen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 24. November, nachmittags 5 Uhr.

Der bisherige Oberbürgermeister Zelle hat in einem Schreiben seinen besonderen Dank für die von den städtischen Behörden ihm gewidmeten Ehrungen ausgesprochen, welches der Vorsteher der Versammlung zur Kenntniß bringt.

An stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Hellriegel wird Stadtv. Friederici zum dritten Beisitzer gewählt. Er erhält 54 Stimmen, Stadtv. Frick 28. Die Mehrheit hat damit die „Neue Linke" von der Vertretung im Vorstand wieder ausgeschlossen.

Zur Verhandlung kommt sodann die Angelegenheit der Annahme der Zuwendung des Professors Baron zu gunsten der Errichtung eines vegetarischen Kinderheims. Der Gegenstand hat mit einer Reihe anderer schon seit sechs Wochen auf der Tagesordnung gestanden, ohne indessen zur Erledigung zu gelangen, da die Erörterung des Elektrizitätsvertrages den gesammten Raum der letzten sechs Sitzungen in Anspruch genommen hat.

Der Ausschuß, für den Stadtv. Horwitz referirt, hat sich auch in erneuter Verhandlung mit 6 gegen 5 Stimmen für die Ablehnung entschieden; dem Anerbieten des Herrn Securius wegen unentgeltlicher Ueberlassung seines vegetarischen Kinderheims in Schlachtensee hat die Mehrheit kein Gewicht beigelegt, da das Anerbieten zu unbestimmt gehalten sei und eine bedingungslose Ueberlassung doch nicht zu erwarten stehe. Im Falle der Annahme des Vermächtnisses soll daran entsprechend einem Antrag Ullstein die Bedingung geknüpft werden, daß zur Aufnahme der Kinder in das zu errichtende Heim ein schriftlicher Antrag des gesetzlichen Vertreters und event. die Zustimmung der Mutter erforderlich ist.

Eine Reihe weiterer Bedingungen soll nach einem Antrage des Stadtv. L. Sachs an die Annahme geknüpft werden, nämlich die vorbehaltlose Ueberlassung des Securius'schen Grundstücks und die alljährliche Ueberlassung der verfügbaren Zinsen des Stiftungskapitals an einen der bestehenden vegetarischen Vereine behufs Erhaltung einer entsprechenden Anzahl von Kindern, sodaß diese Einrichtung weder von städtischen Organen ausgeführt, noch als eine städtische Verwaltung anerkannt wird; vielmehr soll nur die Kontrolle, sowie die Annahme und Entlassung der verpflegten Kinder gemäß der Testamentsbestimmung von einem aus drei Personen bestehenden Kuratorium ausgeübt werden.

Die Stadtv. Matterne u. Gen. dagegen beantragen, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen und den Magistrat zu ersuchen, zunächst wegen des Angebots des Herrn Securius mit diesem in Unterhandlung zu treten.

Ein anderweiter Zusatzantrag der Stadtvv. Matterne u. Gen. geht dahin:

> Das zu erwählende Kuratorium bewirkt aus den Zinsen des Legats die Erziehung und Verpflegung der betreffenden Kinder in der vom Testator vorgeschriebenen Weise.
>
> Die Beobachtung des Gesundheitszustandes der Kinder soll durch einen vom Kuratorium zu bestimmenden praktischen Arzt geübt werden, auch steht dem Kuratorium die Annahme sowie die Entlassung der Kinder zu jeder Zeit frei.

Nach dem Referat des Berichterstatters wird die Verhandlung behufs der Vornahme von Wahlen unterbrochen. Zunächst findet in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung die Wahl von 8 Mitgliedern und 8 Stellvertretern des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin für die Steuerjahre 1899—1901 statt. Die bezügliche Vorschlagsliste gelangt en bloc zur Annahme. Ferner soll die Neuwahl von 8 unbesoldeten Stadträthen heute erfolgen. Da das Wahlgeschäft mindestens 2½ Stunden in Anspruch nimmt, wird beschlossen, je nach Erfordern einen Theil der Wahlen zu verschieben, um die Erledigung des rückständigen Berathungsmaterials heute wenigstens einigermaßen zu fördern. Es handelt sich um die Besetzung der Stellen der Stadträthe Haack, Mamroth, Mielentz, Schäfer, Selberg, Wagner, Dr. Weigert und Zabel.

Stadtrath Haack wird mit 80 von 84 Stimmen wiedergewählt; je eine Stimme entfällt auf die Stadtvv. Friederici, Jacobi, Riemer und Singer. 15 Stimmzettel (darunter die der Sozialdemokraten) sind unbeschrieben.

Bei der Wahl für die Stelle des Stadtraths Mamroth werden 102 Zettel abgegeben; davon sind 25 unbeschrieben. Von 77 giltigen Stimmen erhält Mamroth 70; 7 Stimmen zersplittern. Mamroth ist daher wiedergewählt.

Mit 73 von 76 giltigen Stimmen (bei 14 unbeschriebenen Zetteln) erfolgt die Wiederwahl des Stadtraths Mielentz; mit 74 von 78 giltigen Stimmen (bei 17 ungiltigen) die Wiederwahl des Stadtraths Schäfer.

Da der Vorsteher darauf hinweist, daß die Amtsperiode der meisten zur Wahl stehenden Stadträthe zum 1. Januar nächsten

Jahres abläuft, beschließt die Versammlung, das Wahlgeschäft fortzusetzen.

Stadtrath Selberg wird ebenfalls und zwar mit 85 von 86 Stimmen wiedergewählt; daneben werden 11 weiße Stimmzettel abgegeben. Auch Stadtrath Wagner wird mit 76 von 78 Stimmen (13 weiße Zettel) wiedergewählt; desgl. Stadtrath Dr. Weigert mit 70 von 77 giltigen Stimmen (20 ungiltig), endlich Stadtrath Zabel, auf den von 66 giltigen Stimmen 64 entfallen, während 2 zersplittern und 29 unbeschrieben sind.

Um 8 Uhr ist das Wahlgeschäft beendet. Die Fortsetzung der Berathung der Baron'schen Testamentsangelegenheit beantragt jetzt Stadtv. Spinola zu vertagen, da sich zehn Redner gemeldet haben und Stadtv. Virchow, der zur Sache das Wort ergreifen will, nicht mehr anwesend sein kann.

Stadtv. Hugo Sachs widerspricht der Vertagung; die Mehrheit beschließt indessen nach dem Antrage Spinola, und zwar wird die Sache auf 14 Tage vertagt.

Veranlaßt durch die bekannten Vorgänge im Prozesse Stadthagen vor der Strafkammer des Landgerichts I am 6. Oktober, betreffend Mißhandlungen auf Polizeiwachen, haben die Stadtv. Perls und Genossen folgenden Antrag eingebracht:

> Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, weshalb er den Beschluß der Versammlung vom **26. Mai d. J.**: Die Versammlung ersucht den Magistrat, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Verhandlungen mit dem königl. Polizeipräsidium darauf hinzuwirken, daß a) eine Reform der Bestimmungen, betreffend die Ausübung der Sittenpolizei, erfolgt, b) Vorkehrungen getroffen werden, um Mißgriffe und Ausschreitungen von Exekutivbeamten bei Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern, bisher noch nicht ausgeführt hat."

Der Antrag datirt vom 18. Oktober. Am 22. Oktober hat der Magistrat der Versammlung sein **am 15. Oktober**, also fast fünf Monate nach jenem Beschlusse aus Anlaß des letzteren an das Polizeipräsidium gerichtetes Schreiben und die **am 20. Oktober**, also fünf Tage später, erfolgte ablehnende Antwort des Polizeipräsidenten v. Windheim im Wortlaut zur Kenntnißnahme mitgetheilt.

Stadtv. Singer: Was den Antrag Perls anlangt, der leider infolge der zeitigen Abwesenheit des Hauptantragstellers nicht begründet werden kann, so weise ich darauf hin, daß die Sache selbst, die Mißhandlungen auf Polizeiwachen, ja in der Versammlung ausgiebig besprochen worden ist, und der einstimmige Ruf, den auch diese Versammlung erhob: „Schutz vor Schutzleuten!", hat sich als nur zu berechtigt erwiesen, denn es sind gerichtlich Fälle von Mißhandlungen auf Polizeiwachen festgestellt, welche Zustände erkennen lassen, von denen man nicht glauben sollte, daß sie selbst in Rußland existiren. Der zweite Theil des Beschlusses betraf die Reform der Sittenpolizei. Es ist nun geradezu erstaunlich, mit welcher Langsamkeit gewisse Dinge in unserem Magistrat bearbeitet werden, und wenn wir es nicht schwarz auf weiß hätten, ich hätte nicht für möglich gehalten, daß eine die vitalsten Interessen der Bürgerschaft behandelnde Angelegenheit erst vier Monate nach unserm Beschluß vom Magistrat in Angriff genommen worden ist; und erschwerend für den Magistrat ist es, daß er sich erst nach jenem Prozeß Stadthagen an den Polizeipräsidenten wandte, in welchem der letztere erklärt hatte, er wisse von der Sache nichts und habe nicht die Verpflichtung, die Akten der Versammlung zu lesen. Dieses Verhalten des Magistrats hat sich mit recht die vollste Mißbilligung aller betheiligten Kreise zugezogen. Wohin soll es denn kommen, wenn solche Dinge, die wir hier verhandeln, gezwungen durch den Entrüstungsschrei der gesammten Bevölkerung, derart vom Magistrat verschleppt werden?! Sollten ihm so wenig Hilfskräfte zur Verfügung stehen? Ich glaube nicht daran; aber vielleicht hatte er sich das berühmte Puttkamer'sche „Sofort" zur Richtschnur gemacht. (Heiterkeit.) Die Versammlung muß einmüthig gegen solches Verfahren protestiren und den Magistrat ersuchen, den Beschlüssen der Versammlung entweder ein höheres Maß von Achtung zu erweisen oder ihr mitzutheilen, daß er mit ihnen nicht einverstanden ist. Daß der Polizeipräsident meint, seine staatsrechtliche Stellung verhindere ihn, in Polizeifragen Mitwirkung oder Kontrolle der Kommunalbehörden zu dulden, ist der Einfluß jenes Geistes, der überhaupt in Polizeikreisen herrscht. Wir stehen hier der Polizei gegenüber auf dem anmuthigen Standpunkt, daß wir das Recht haben, alle sächlichen Kosten der Polizei zu bezahlen, aber kein Wort mitzureden, ein Zustand, der allerdings der Reichshauptstadt ungemein würdig ist, im Augenblick nicht geändert werden kann, aber auch von Polizei wegen nicht durch derartige Schreiben verschärft zu werden brauchte. Nun erklärt sich der Polizeipräsident gern bereit, praktische Reformvorschläge einer Prüfung zu unterwerfen. Außerordentlich gütig von dem Polizeipräsidenten, aber die Neigung dazu bei uns muß in dem Maße sinken, wie er einen Ton den städtischen Behörden gegenüber anschlägt, gleich dem, den er hier beliebt hat. Mit voller Schärfe zurückzuweisen sind seine Schlußausführungen. Wenn er angiebt, daß vorbeugende Maßregeln, um Mißgriffe zu verhindern, nicht möglich sind, so will ich darüber nicht streiten, aber wenn thatsächlich die wegen Mißhandlung bestraften Polizeiorgane sehr bald begnadigt werden, dann muß der Polizeipräsident mit mir einsehen, daß darin nicht mehr und nicht weniger als eine Aufreizung zu solchen Dingen liegt. Denn wenn diese Polizeipersonen darauf rechnen können, daß sie begnadigt werden, wenn sie von einem bürgerlichen Gericht verurtheilt sind, so würde es ja merkwürdig sein, wenn sie nicht vorzögen, bei ihren Verfahren zu beharren. Diese Art der Behandlung der Dinge ist nicht geeignet, zur Beruhigung der Entrüstung und zur Erweckung des Vertrauens der Bürgerschaft, daß die Polizei zu ihrem Schutze da sei, beizutragen. Dann nimmt der Polizeipräsident für seine Verwaltung das Vertrauen in Anspruch, daß sie die Rechte und Interessen der Bürgerschaft gerade so vertrete wie die Kommunalverwaltung. Die hier durchgehende Auffassung ist die, daß die Polizei sich als für die Vertretung der Interessen der Bürgerschaft vorhanden betrachtet und Zweifel daran sehr übelnimmt. Statt vieler Beispiele, wie diese Interessen von dieser Instanz vertreten werden, nur eins. Vor einiger Zeit wandte sich ein hiesiger Arbeiter nach Forst, um dort als Gemeindediener beschäftigt zu werden. Nach Verlauf einiger Monate bekommt der Mann die Anzeige, die Stelle sei einem anderen Bewerber übertragen worden. Aus Versehen hat dieser Antwort des Magistrats ein Aktenstück beigelegen, welches außerordentlich charakteristisch ist für die Auffassung des Polizeipräsidiums vom Schutz der Interessen der Bürgerschaft, nämlich eine als „vertraulich" bezeichnete Verfügung der Polizei, V. Abtheilung, übersandt dem Magistrat zu Forst in bezug auf die Auskunft der politischen Polizei vom 13. März. Auf diesem Aktenstück steht mit Maschinenschrift geschrieben, aber schriftlich unterzeichnet: „Berlin, 18. Juli 1898. X. ist 1894 einem hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein als Mitglied beigetreten, hat sich zwar nach der Ende 1895 erfolgten Schließung desselben politisch nicht wieder bemerkbar gemacht, ist aber noch Abonnent des „Vorwärts" und soll noch nach wie vor Angehöriger der Sozialdemokratie sein." (Heiterkeit.) Diese Zuschrift ist mit „Vertraulich" bezeichnet, vielleicht weil den Beamten im Polizeipräsidium selbst zum Bewußtsein gekommen ist, daß es nicht gut ist, diese Denunziantenwirthschaft öffentlich zu betreiben. Aber wie können wir zu einer Behörde Vertrauen haben, die in dieser Weise mit dem Interesse der Bürgerschaft umgeht? Das hängt eng zusammen mit dem aller Orten entbrannten Krieg gegen die Sozialdemokratie, mit dem neuesten Geniestückchen des „Ministers des Geistes", Herrn Bosse, worin er anweist, nach Möglichkeit die sozialdemokratischen Turnvereine vom Gebrauch der städtischen Turnhallen auszuschließen, mit der ganzen jetzigen Politik. Aber schwebt Ihnen nicht die Antwort auf den Lippen, daß gegenüber solchen Vorgängen jener in Bielefeld gesprochene Satz hier angewendet werden müßte: „Schwerste Strafe dem, der Arbeitswillige an der Arbeit hindert"? Wie kommt die Polizei dazu, einem unbescholtenen Bürger einen Uriasbrief an die Behörde zu schicken, der ihm jede Anstellung unmöglich macht? Diese mir zufällig bekannt gewordene Thatsache beweist, wie man dort die Interessen der Bürgerschaft pflegt. Und wenn aufgefordert wird, in der Presse und in dieser Versammlung nicht einen Ton anzuschlagen, der die Berufsfreudigkeit der Beamten beeinträchtigen könnte, so hätte ich diese Schlußphrasen nach solchen Vorgängen wirklich nicht erwartet. Es spricht daraus der Ton polizeilicher Ueberhebung des Polizeigeistes, der Ausdruck gefunden hat in dem Recke'schen Hau- und Schießerlasse, der Ton, der heute in Preußen noch viel mehr herrscht, als man es am Ende des Jahrhunderts hätte erwarten können; und den Muth, der dazu gehört, hier der Versammlung den Ton vorschreiben zu wollen, kann nur ein Polizeimann haben, der da glaubt, daß mit seiner Charge alles Recht und alle Macht in seiner Hand vereinigt ist. Wir wissen, daß wir hier nicht immun sind, der Polizeipräsident mag sich sein Recht vor Gericht suchen, aber er soll unterlassen, uns Vorschriften zu machen, wie wir für gut halten, von der Polizei zu sprechen. Wir stehen nicht unter seiner Zensur, wir haben unsern Vorsteher, die Polizei hat nichts hineinzureden in die Verhandlungen dieser Versammlung, und ich hätte gewünscht, daß der Magistrat uns auch sein Antwortschreiben (Lachen) an die Polizei vorgelegt hätte, um zu zeigen, wie er die Rechte dieser Versammlung gewahrt hat. Vermuthlich hat der Magistrat noch keine Zeit gefunden, das Schreiben zu beantworten, (Wiederholte Heiterkeit.) Doch wird er die Bitte erklärlich finden, uns auch sein Antwortschreiben vorzulegen, denn ich kann nicht glauben, daß der Magistrat es ruhig hinnehmen wird, wenn die Versammlung so attaquirt wird. Wir haben ja keine Macht, man verweigert uns ja die Uebernahme der Polizei, obgleich ich überzeugt bin, daß die gesammten Zweige in städtischer Verwaltung genau so gut als in königlicher geführt würden, und was die Sicherheitspolizei anbelangt, weniger Morde als die königliche Polizei würde die städtische auch nicht entdecken können (Große Heiterkeit), also auch da würde kein Schaden entstehen. Wir können eben nur die allerschärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß man es wagt, einen solchen Ton uns gegenüber anzuschlagen, und ich für meine Person als Mitglied dieser Versammlung kann dem Polizeipräsidenten versichern, daß ich mich nicht nach seinen Wünschen, sondern nach meinem Gewissen richten werde, und so lange wir Dinge wie diese Denunziation hier vortragen können, so lange wird er erwarten dürfen, daß wir in unserer Sprache ihm gegenüber kein Blatt vor den Mund nehmen. (Großer Beifall.)

Stadtrath Straßmann: Der Beschluß vom 26. Mai spricht von „Maßnahmen", welche „insbesondere durch Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium" herbeigeführt werden sollen. Solche „Maßnahmen", und zwar der weitgreifendsten Art hat der Magistrat auf grund jenes Beschlusses in Erwägung gezogen. Am 10. Juni beschloß er, eine Kommission für die Sache einzusetzen; Ende Juni hat Oberbürgermeister Zelle eine Kommission von 3 Mitgliedern ernannt. Juli und August waren Ferien. Die Kommissionsmitglieder waren bis in den September beurlaubt, die Kommission konnte erst im Oktober zusammentreten. In einem wenn auch nur losen Zusammenhang mit der Sache steht eine kommissarische Verhandlung, welche am 3. August stattfand, und in welcher es sich um die Ueberweisung nicht unter Sittenkontrolle stehender geschlechtskranker Frauenspersonen an die syphilitische Krankenstation im Obdach handelte. Es ist damals auch eine provisorische Vereinbarung zu stande gekommen. Die Magistratskommission hat am 12. Oktober getagt, am 14. ihre Vorschläge gemacht, am 15. ist das Schreiben des Magistrats abgegangen, am 20. die Ablehnung der kommissarischen Berathung durch den Polizeipräsidenten erfolgt. Wenn der Polizeipräsident an anderer Stelle am 6. Oktober gesagt hat, daß ihm amtlich von dem Beschlusse vom 26. Mai keine Mittheilung geworden sei, so war er dazu vollkommen berechtigt. (Der letzte, mit erhobener Stimme gesprochene Satz wird von einem großen Theile der Versammlung mit Heiterkeit aufgenommen.)

Stadtv. Langerhans: Durch seine Erklärung nimmt uns der Polizeipräsident gewissermaßen ein Recht, welches uns zusteht. Wenn Polizeiverordnungen erlassen werden sollen, müssen die städtischen Behörden gehört werden. Es ist daher nicht angenehm, solche Bescheide und in solchem Tone zu bekommen. Der Polizeipräsident ist doch vom Magistrat ganz höflich angegangen worden. Die Dinge, um die es sich hier handelt, sind so wichtig, daß wir den Magistrat bitten müssen, auf der kommissarischen Verhandlung zu bestehen und, wenn der Polizeipräsident sie dauernd abweist, sich dann an den vorgesetzten Minister zu wenden. Es ist ein ungeheurer Uebelstand, wenn man wegen jeder Kleinigkeit arretirt werden kann, wenn der Betreffende seine Identität nicht sofort nachzuweisen im stande ist, und oft wird ihm dazu nicht einmal Zeit gelassen. Da können doch eine ganze Menge Maßregeln getroffen werden. Ich habe auch im Abgeordnetenhause darüber gesprochen, aber dort den Polizeibeamten nicht Schroffheit vorgeworfen. Ich würde für richtig halten, ohne die Klagen zu übertreiben, auf unserm Recht des Mitsprechens zu bestehen, wenn er es einfach zurückweist. Es handelt sich doch auch nicht blos um Bestimmungen auf dem Gebiet der Sittenpolizei.

Stadtv. Perls spricht dem Kollegen Singer für seine Begründung des Antrags seinen Dank aus und schließt sich der Bitte des Vorstehers an, daß der Magistrat auf der kommissarischen Verhandlung bestehen solle. Erschütternd habe die Ausführung auf ihn gewirkt, daß die Berufsfreudigkeit der Schutzleute durch die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung beeinträchtigt würde. Im Punkte der Berufsfreudigkeit brauche wahrlich keine Steigerung einzutreten, da geschehe schon jdes Guten zu viel. In Leipzig werde bei kleinen Kontraventionen auf der Straße die Strafe gegen Quittung an den Schutzmann bezahlt; warum sollte das nicht auch in Berlin durchführbar sein? Das Recht des Mitsprechens der Versammlung sei so klar und unanfechtbar, daß der Magistrat durch Beschluß eine bestimmte Direktive erhalten müsse.

Damit schließt die Debatte. Da ein Antrag nicht vorliegt, ist der Gegenstand erledigt.

Die Vorlage wegen Errichtung der XIII. Realschule (in Moabit-Hansaviertel) geht an einen Ausschuß.

Das modifizirte Regulativ für die Untersuchung des in den Schlachthof eingeführten Schlachtviehes wird genehmigt.

Dem Grundstückserwerbungs-Fonds werden 5 Millionen Mark überwiesen. (Schluß 9 Uhr.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Versicherung gegen den Streik hat die Berliner Droschkenbesitzer-Vereinigung in ihrer letzten Sitzung beschlossen. Jedes von dem partiellen Ausstand betroffene Mitglied der Vereinigung soll aus dem Reservefonds pro Tag und Wagen eine Vergütigung von 4 M. erlangen, bis der Betrieb unter den bisher geltenden Lohnbedingungen aufgenommen oder durch andere Kräfte wieder geregelt ist. Zur Verstärkung des Reservefonds verpflichten sich sämmtliche Mitglieder, pro Tag und Wagen 10 Pf. zu zahlen. Zur Durchführung dieser Maßregel ist eine permanente Kommission eingesetzt worden, die täglich ihre Sitzung abhält.

Deutsches Reich.

Die Gewerkschaften von Brandenburg a. Havel haben sich der Aufgabe unterzogen, von den im Kartell vertretenen 24 Gewerkschaften eine Statistik aufzunehmen.

Die Statistik erstreckte sich auf ca. 300 Betriebe mit insgesammt 7572 Arbeitern und Arbeiterinnen (einschl. der Lehrlinge). Bei Vergleichung der Zahl der organisirten Arbeiterinnen mit der Zahl der beschäftigten zeigt sich wiederum die Schwierigkeit einer Aufrüttelung des weiblichen Geschlechts zur Beseitigung der unwürdigen Verhältnisse, unter denen besonders die Arbeiterinnen heute noch zu leiden haben. Während von den 5542 männlichen Arbeitern 2735 (= 49,35 pCt.) organisirt sind, gehören von den 1580 Arbeiterinnen nur 205 (= 12,97 pCt.) einer Organisation an. Das Verhältniß der Organisations-Mitglieder zur Gesammtzahl der beschäftigten Arbeiter beträgt dadurch nur 41,14 pCt.

Während durch den in der Statistik überwiegenden Fabrikbetrieb die Zahl der Lehrlinge im allgemeinen nicht unverhältnißmäßig hoch erscheint, würde sich dieses Verhältniß selbstverständlich sofort ändern, wenn die Zahl der Lehrlinge in Kleinbetrieben den von diesen beschäftigten Gehilfen gegenübergestellt würde. Von größeren Betrieben sind wegen der unverhältnißmäßig hohen Lehrlingszahl besonders erwähnenswerth: Kunstdruck Kaufmann (Steindruckerei und Lithographie) 54 Gehilfen, 30 Lehrlinge; Gold- und Polituriеisten-Fabrik Blell u. Schüler 25 Geh., 20 Lehrl.; Vergolderei Baake, Glatt-Politur-Abtheilung 10 Geh., 9 Lehrl.; Versilberer 4 Geh., 11 Lehrl. In der Werkzeugmaschinen-Abtheilung der Elisabethhütte sind bei 38 Arbeitern 15 Lehrlinge und in der Dreherei und Schlosserei der Maschinenfabrik C. F. Richter bei 19 Arbeitern 13 Lehrlinge thätig.

Geklagt wird in dem Bericht über die Schwierigkeiten, die Lohnverhältnisse zu ermitteln. Ebenso ist die Heranziehung aller Beschäftigten zur Auskunft über die Berufsverhältnisse nicht möglich gewesen — ein Uebelstand, mit dem wir bei solchen Aufgaben immer zu kämpfen haben, und der hoffentlich mit dem weiteren Umsichgreifen der Gewerkschaften verschwinden dürfte.

Steinarbeiter-Streik. Aus Göttingen wird berichtet: Im oberen Schadethal, auf dem Munserberge, liegt ein großer Basalt-Steinbruch, welcher von der Gemeinde Munsen bei Münden an den Unternehmer Mattfeldt aus Linden bei Hannover (den neugewählten nationalliberalen Landtags-Abgeordneten) verpachtet ist. Seit etwa 14 Tagen streiken die Arbeiter in diesem Steinbruch, weil die Anforderungen an die Arbeitsleistung größere geworden sind und somit die Arbeiter mit den Akkordpreisen sehr niedere Löhne erzielen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 24. November. (W. T. B.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten" kündigen an, daß sie mit Genehmigung des Cotta'schen Verlages aus dem Bismarck'schen Memoirenwerke die Abschnitte über Versailles und über den Dreibund in ihren Morgenausgaben vom 25. und 26. November mittheilen werden.

Wien, 24. November. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Fortsetzung.) Abg. Byk (Polenklub) mißt die Schuld an den Exzessen der antisemitischen Agitation bei. Abg. Karatnicki (Polenfreundlicher Ruthene) erklärte, er sei kein Anhänger der Ausnahmeverfügungen, doch sei die Verhängung des Ausnahmezustandes nothwendig gewesen. Die Regierung habe nur ihre Pflicht erfüllt. Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Generalredner contra Abg. Milewski (Polenklub) wies die gegen die polnische Verwaltung in Galizien erhobenen Vorwürfe zurück. Nachdem der Generalredner pro Okuniewski (radik. Ruthene) ausgeführt hatte, daß die Voraussetzung für die Verhängung des Ausnahmezustandes, nämlich die Gefährdung der persönlichen Sicherheit, nicht gegeben war, erklärte der Abg. Daszynski, daß in 18 der 33 betroffenen Bezirke nicht der allergeringste Grund für die Verhängung des Ausnahmezustandes war. Nachdem Abg. Pferche sich namens des deutschen Bürgerstandes sich dagegen verwahrt hatte, daß Graf Thun sich als Staatsretter vor der Sozialdemokratie aufspiele, beantragte Abg. Wolff Schluß der Sitzung und darüber namentliche Abstimmung. Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde nicht unterstützt und der Antrag auf Schluß der Sitzung abgelehnt. Die Sitzung dauert fort. Abg. Pferche erklärt: Die Jungczechen haben die Prager Exzesse angestiftet und bezahlt. Widerspruch bei den Czechen. (Große Unruhe). Abg. Pferche beruft sich auf Zeitungsstimmen. Abg. Herold konstatirt, Abg. Pferche brachte nicht die geringsten Beweise für seine Behauptung. Die thatsächliche Untersuchung habe nach keiner Richtung hin etwas ergeben, daß Redners Partei Unruhen angestiftet hätten. Das Haus schreitet zur Abstimmung. Der Anklage-Antrag des Abg. Daszynski wird mit 189 gegen 96 Stimmen abgelehnt.

Budapest, 24. November. (W. T. B.) Bei dem heutigen Duell zwischen dem Minister Perczel und dem Abgeordneten Hollo erhielt ersterer eine ziemlich schwere Stirnwunde.

Budapest, 24. November. (W. T. B.) Ministerpräsident Baron Banffy gab in der heutigen Konferenz der liberalen Partei die Erklärung ab, es sei leider zu besorgen, daß die Geduld der Partei auch noch in nächster Zeit durch Ausbrüche der Leidenschaft auf eine harte Probe gestellt werde. So begreiflich auch eine energische Abwehr seitens der Majorität wäre, so müsse er doch bitten, die bisherige würdevolle Ruhe zu bewahren. Das Vertrauen der Krone bleibe der Regierung unverändert erhalten. Der Ministerpräsident schloß seine Kundgebung mit der Erklärung: die Regierung sei für jede Eventualität vorbreitet; falls die Verhältnisse es erfordern, werde die Regierung keine Maßregel verabsäumen, um die schwebenden Fragen entsprechend den Interessen des Landes zu lösen.

Bern, 24. November. (W. T. B.) Die vom Finanzdepartement einberufene Expertenkommission für den Erlaß eines neuen Gesetzes über eine neutrale Notenbank faßte eine Reihe Beschlüsse, durch welche die Organisation der Bank und deren Betrieb geregelt sind.

Paris, 24. November. (W. H.) Der Schriftsteller Gohier, welcher morgen wegen seiner die Armee beleidigenden Broschüre verhört werden soll, wird von Jaurès vertheidigt werden.

Paris, 24. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. (Fortsetzung.) Dejante verdammt zwar die Attentate der Anarchisten, behauptet aber, die bestehenden Gesetze seien ausreichend. Redner befürchtet, daß man reaktionäre Gesetze schaffe unter dem Vorwande, die Anarchie zu bekämpfen. Ministerpräsident Dupuy erwidert, die französische Regierung habe der Konferenz gegen den Anarchismus in Rom zugestimmt, denn es bestehe eine Solidarität in dieser Angelegenheit bei den Nationen. Frankreich werde nach Rom gehen unter Wahrung seiner inneren Gesetzgebung. Die Konferenz sei dazu bestimmt, Meinungen auszutauschen, das Resultat derselben werde wohl eher ein Austausch philosophischer Ansichten sein als Gesetze zur Unterdrückung des Anarchismus. (Beifall.) Vaillant (Sozialist): Mehrere Mächte, die auf der Konferenz in Rom vertreten seien, bereiteten Unterdrückungsmaßregln gegen die Sozialisten vor. Nach einer Rede des Sozialisten Zévaès, welcher behauptet, das kapitalistische System trage Schuld an dem Anarchismus, nimmt die Kammer eine Tagesordnung mit 420 gegen 107 Stimmen an, nach welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Paris, 24. Novbr. (W. T. B.) Präsident Faure hielt an die Minenarbeiter in Lens eine Ansprache, in welcher er sagte, er habe ihnen durch sein Kommen einen Beweis von der Fürsorge der Regierung für die Arbeiter geben wollen. Er hoffe, die Minenarbeiter würden auch ferner die Treue und den Patriotismus zeigen, durch welche sich die Bergleute der nördlichen Departements stets auszeichneten.

Antwerpen, 24. November. (W. H.) Die norwegische Barke „Kronprinz" erlitt durch den gestrigen Sturm heftige Havarie. Drei Mann der Besatzung wurden durch Sturzwellen über Bord gespült. Zwei davon wurden gerettet, einer ertrank.

London, 24. November. (W. T. B.) Der in Barth beheimathete deutsche Dreimastschooner „Ernst" ist auf der Fahrt von Liverpool nach Danzig ungefähr eine Meile von Needles gestrandet. Durch ein Rettungsboot wurden der Kapitän und zwei Mann gerettet. Man vermuthet, daß die übrigen sechs Mann von der Mannschaft ertrunken sind.

Peking, 24. November. (W. T. B.) Nachdem der neue russische Gesandte von Giers hier eingetroffen ist, begiebt sich Pankoff in einigen Tagen zur Uebernahme seines neuen Postens nach Söul. Bald darauf geht er auf Urlaub nach Europa. Da die Zurückziehung der Truppen aus dem Jagdpark immer noch eine unvollständige ist, wurde als Termin für deren endgiltige Durchführung der Sonnabend festgesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Zweiter Verbandstag des Zentralverbandes der deutschen Stuckateure, Gipser und verwandten Berufe.

Halle, den 22. November 1898.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über das Streikreglement wird fortgesetzt.

Kobosiel-Nürnberg empfiehlt, daß mindestens 20 Pf. pro Woche und Mitglied zum Streikfonds gezahlt werden. Sorgius-Karlsruhe-Pforzheim stellt eine Resolution, wonach jeder Kollege mindestens 10 Pf. wöchentlich vom 1. April bis 1. Oktober zum Streikfonds beizutragen hat. Auf Verlangen des Hauptvorstandes, namentlich bei ausbrechenden Streiks, sind die Filialen verpflichtet, sofort 50 pCt. ihres Streikfonds-Bestandes an den Hauptkassirer abzuführen. Es wird hierauf über das Streikreglement en bloc abgestimmt und dasselbe angenommen.

Krebs-Berlin giebt bekannt, daß die Kasse von den gewählten Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden wurde. Es wird einstimmig Decharge ertheilt. Bei Besprechung der Reise-Unterstützung wünscht Sittenfeld-Hamburg, daß der Hauptvorstand beauftragt wird, ein Reise-Unterstützungs-Reglement auszuarbeiten.

Nach längerer Debatte gelangt ein Antrag Krebs- und Daschütt-Berlin zur Annahme, der lautet:

§ 9. Reise-Unterstützung wird an jedes Mitglied pro Kilometer in kürzester Verbindung $1\frac{1}{2}$ Pf. gezahlt, wenn dasselbe dem Verbande acht Wochen angehört hat und seinen Verpflichtungen betreffs Beitragszahlung und Abmeldepflicht gegen denselben bis zur Abreise nachgekommen ist.

Dieses Reglement tritt mit der Einführung des neuen Statuts in kraft. Die Delegirten werden verpflichtet, die Adressen des Vorstandes der Filiale, die sie vertreten, innerhalb 14 Tagen nach Köln zu berichten unter Angabe der Herberge und Zeit und Ort der Auszahlung der Reise-Unterstützung.

Zu dem Punkt Presse führt Odenthal-Köln aus, daß pro Exemplar des „Grundstein" 50 Pf. pro Quartal koste. Bei 1000 Exemplaren sei eine Verbilligung von seiten der Expedition auf 35 Pf. zugestanden worden; mehr koste er dem Verbande auch nicht. Odenthal-Köln verliest dann einen Brief der Redaktion des „Grundstein", in dem Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß der „Grundstein" die Stuckateure irgendwie zurücksetze, und davor gewarnt wird, daß der Stuckateurverband sich einem andern Gewerkschaftsorgan anschließe; entweder solle man den „Grundstein" beibehalten, oder ein eigenes Organ gründen. Odenthal giebt eine Berechnung, was ein eigenes Organ kosten würde. Kobosiel-Nürnberg tritt für Einführung eines eigenen Organs ein. Sittenfeld-Hamburg kritisirt die Berichterstattung der Filialen und schildert, was ein Redakteur alles aufgebürdet bekommt und für was er alles verantwortlich gemacht wird. Er räth ab, ein eigenes Organ zu gründen. Er spricht von der Anstellung des Verbandsvorsitzenden, meint, daß man auch den Hauptkassirer entschädigen müsse, ist aber gegen die Anstellung eines Beamten. Krebs-Berlin spricht sich für die Gründung eines eigenen Organs aus und meint, daß geeignete Personen aus unserer Mitte zu finden wären, die mit der Redaktion betraut werden könnten. Odenwald-Dresden ist für Beibehaltung des „Grundstein" und tritt für eine Vertretung der Preßkommission durch einen Hamburger Kollegen ein. Daschütt-Berlin ist für Gründung eines eigenen Organs. Er meint, daß man für 2500 M. ein Organ gründen könnte. Sollte es jedoch nicht möglich sein, die Mittel aufzubringen, so ist er für Beibehaltung des „Grundstein" als Organ.

Nach längerer Debatte sprach sich hierauf mit 19 gegen 2 Stimmen der Verbandstag im Prinzip für Gründung eines eigenen Organs aus.

Bei der Verwaltung des „Grundstein" soll angefragt werden, wie lange die Organisation darauf rechnen kann, den „Grundstein" als Organ zu betrachten. Die Antwort soll den Filialen sofort mitgetheilt werden, damit diese Stellung nehmen können.

Halle, den 23. November 1898.

Sittenfeld-Hamburg erstattet über die Angelegenheit Ditelius Bericht und schlägt vor, die Aufnahme des Ditelius in den Verband zu genehmigen. Er soll aber zu keinem Vertrauensposten herangezogen werden, und der Hauptvorstand soll das Recht haben, eine etwaige Wahl für ungiltig zu erklären. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Hierauf entspinnt sich eine Debatte über die Anstellung eines besoldeten Beamten und gelangt schließlich folgender Antrag zur Annahme:

„Die Anstellung eines besoldeten Beamten wird davon abhängig gemacht, wenn wir genöthigt wären, ein eigenes Organ zu gründen. Es ist dem Beamten, der gleichzeitig die Redaktion des Blattes übernehmen muß, ein Anfangsgehalt von 1500 M. zu gewähren. Um dies Geld aufzubringen, werden die Beiträge auf 25 Pf. pro Woche erhöht. Bis dahin erhält der Vorstand eine Vergütung von 12 M. pro Monat."

Kommunales.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat in ihrer Sitzung am 22. ds. Mts. den Etatsentwurf pro 1899/1900 für die städtischen Fach- und Gewerbeschulen 2c. festgesetzt. Die Einnahmen stellen sich auf 8380 M., die Ausgaben auf 378 112 M. Demnach betragen die Mehrausgaben 369 732 M. Für die einzelnen Schulen stellen sich die Ausgaben der Stadtkasse wie folgt: Fachschule für Maurer und Zimmerer 6506 M.; Fachschule für Sattler 4290 M.; Fachschule für Maler 6690 M.; Fachschule für Schornsteinfeger 480 M.; Fachschule für Barbiere und Friseure 3760 M.; Fachschule für Stellmacher und Rademacher 1336 M.; Fachschule für Glaser 785 M.; Fachschule für Schuhmacher 5074 M.; Fachschule für Schmiede 2326 M.; Fachschule für Tapezierer 4310 M.; Fachschule für Korbmacher 1158 M.; Fachschule für Buchbinder 4455 M.; Fachschule für Gärtner 805 M.; Fachschule für Buchdrucker 2800 M.; Fachschule für Schneider 3069 M.; Fachschule für Photographen 1510 M.; Fachschule für Töpfer 515 M.; Fachschule für Klempner 1680 M. Pauschquantum für neu zu errichtende Fachschulen und zur Unterhaltung von Schulgebäuden für Zwecke des gewerblichen Unterrichts 5000 M.; Berliner Tischlerschule 24 899 M.; Gewerbesaal (Maschinenbauschule) 55 755 M.; städtische Webeschule 28 910 M.; für die beiden Handwerkerschulen 180 370 M.; Baugewerkschule 30 879 M. — Hierzu kommt noch als Ausgabe der jährliche Betrag für das Friedrichs-Gewerbestipendium in Höhe von 1800 M.

Eine Denunziation aus Brotneid, wie sie jetzt leider so häufig vorkommen, beschäftigte die Gewerbe-Deputation des Magistrats in ihrer letzten Sitzung. In der hiesigen Fachschule für Schornsteinfeger, die sich in einem städtischen Schulgebäude befindet, nehmen an dem Sonntags vormittags stattfindenden Unterricht Gesellen und Lehrlinge theil. Für letztere dauert der Unterricht zwei, für die Gesellen vier Stunden. Diese vier Unterrichtsstunden werden durch eine Frühstückspause unterbrochen. Ein Theil der Gesellen verzehrte nunmehr das Frühstück nicht auf dem Schulgrundstück oder im Klassenzimmer, sondern suchte in der Nähe der Schule belegene Schankwirthschaften auf. Die Folge davon war, daß öfter einige der durstigen Schornsteinfeger vergaßen, nach Beendigung der Frühstückspause in die Schule zurückzukehren oder aber in so heiterer Stimmung dort eintrafen, daß eine gedeihliche Fortsetzung des Unterrichts sehr erschwert wurde. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, wurde vor einigen Jahren die Einrichtung getroffen, daß der Schuldiener in der Pause Flaschenbier, die Flasche zu 10 Pf., und Knoblauchswürste je zwei Paar mit Brot und Mostrich für 25 Pf. an die frühstücksbedürftigen Schornsteinfegergesellen, die sich ihr Frühstücksbrötchen nicht selbst mitgebracht hatten, verabfolgte. Von einem großen Verdienst des betr. Schuldieners konnte also keine Rede sein. Dennoch wurde er wegen Ausübung eines gewerbesteuerpflichtigen Gewerbebetriebes seitens konkurrenzneidischer Schankwirthe denunzirt. Obgleich nun bei dem geringen Umfange des „Betriebes" von einer Gewerbesteuerpflicht des Schuldieners keine Rede sein und allenfalls nur die Pflicht zur Zahlung einer Betriebssteuer vorliegen konnte, untersagte die Schuldeputation dem Schuldiener vor längerer Zeit, ferner Würste und Bier an die Schüler zu verkaufen. Dies hatte zur Folge, daß die Schornsteinfeger abermals in benachbarten Kneipen über den Durst tranken.

Hiergegen wurde wieder die Hilfe des Schuldieners als des Retters in der Noth in Anspruch genommen. Das Kuratorium ersuchte im Einverständniß mit dem Dirigenten der Schule den Schuldiener, seine menschenfreundliche Thätigkeit im Interesse der Schule und der Schuldisziplin in veränderter Gestalt wieder aufzunehmen. Es wurde ihm zur Pflicht gemacht, die von ihm verabfolgten Waaren nicht auf eigene Rechnung zu beziehen, sondern das Flaschenbier und, statt der früher gelieferten Knoblauchswürste, jetzt belegte Brötchen nur auf vorherige Bestellung aus einer der nahe dem Schulgebäude belegenen Schankwirthschaften zu holen und die Waaren an die Gesellen abzugeben. Frühstück für die Lehrlinge zu besorgen ist ihm verboten. Aber auch jetzt wurde der Mann aufs neue denunzirt. — Die Gewerbe-Deputation hat diese Denunziation als durchaus unbegründet erachtet und wird die Schul-Deputation ersuchen, zu veranlassen, daß die geschilderte Thätigkeit des Schuldieners im Interesse der Schule keine Unterbrechung erleide.

Lokales.

Die Parteigenossinnen und Genossen werden darauf hingewiesen, daß am kommenden Mittwoch in Keller's Festsälen, Koppenstraße eine Volksversammlung stattfindet, in der Genosse Liebknecht über „Die Frauen und die nächste Reichstagssession" sprechen wird. Die Vertrauensperson.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag Abend $6\frac{1}{2}$ Uhr wird bei Zubeil, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen abgehalten, in der Dr. Wollheim über Naturerkenntniß und Weltfortschritt spricht. Nach dem Vortrag folgt gemütliches Beisammensein.

Von dem Kleinkrieg gegen die Sozialdemokratie, der unter der Aegide des „Ministers des Geistes" vom Provinzial-Schulkollegium geführt wird, können wir wieder ein ergötzliches Stückchen mittheilen. Der hiesigen städtischen Schuldeputation ist von dem Provinzial-Schulkollegium eine Verfügung zugegangen, in welcher verlangt wird, daß die städtischen Turnhallen fürderhin sozialdemokratischen Turnvereinen verschlossen bleiben sollen. Aber nicht genug damit. Das Provinzial-Schulkollegium — bescheiden wie es städtischen Schulorganen gegenüber einmal ist — fordert auch, daß die etwa jetzt in städtischen Hallen turnenden Vereine, deren Mitglieder im Verdacht stehen, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, nach und nach aus den städtischen Turnhallen abgeschoben werden. Die Turnhallen — so deduzirt das hochwohlweise Schulkollegium — bilden einen Theil der Schule. Schulräume — so heißt's weiter — werden durch Benutzung von sozialdemokratisch gesinnten Turnern in der Erfüllung ihrer christlich-patriotischen Bestimmung beeinträchtigt werden. Ergo sind die sozialdemokratischen Turnvereine aus den städtischen Turnhallen zu exmittiren. Die städtische Schuldeputation, welche sich bisher vernünftigerweise nicht nach den Gesinnungen der Vereinsmitglieder, denen die Benutzung der städtischen Turnhallen gestattet ist, erkundigte, hat — wie wir hören — beschlossen, diese neueste Blüthe schulbehördlicher Duldsamkeit und Gerechtigkeit einfach „ad acta" zu legen. Wir finden diesen Beschluß sehr verständig und sind nur neugierig, ob das Provinzial-Schulkollegium „obrigkeitliche Gewalt" anwenden wird, um die sozialdemokratischen Arbeiter von der Benutzung städtischer Turnhallen auszuschließen. Fast möchten wir es wünschen. Und durch solche Mittelchen glaubt man die Sozialdemokratie schädigen zu können. O sancta simplicitas!

Sonntagsfahrten sind Luxusfahrten? Zu den Tarifen der Dampfschifffahrts-Gesellschaften hat die Gemeindebehörde ihre Zustimmung zu geben. Die Verschiedenheit der Fahrpreise an den Wochen- und den Sonntagen, die für einige von Berlin ausgehende Dampfschiff-Linien besteht, hat die städtische Verkehrsdeputation 1897 veranlaßt, mit der Polizei wegen künftiger Festsetzung gleichmäßiger Fahrpreise in Berathung zu treten. Die Deputation bemerkt dazu in ihrem jetzt erschienenen Bericht pro 1897/98: „Bei dem Widerstande der zu den Konferenzen beigeladenen Dampfschifffahrts-Gesellschaften, welche die Sonntagsfahrten für Luxusfahrten und die dementsprechend erhöhten Sonntags-Fahrpreise im finanziellen Interesse der Gesellschaft als eine Nothwendigkeit erklärten, lehnte das Polizeipräsidium es ab, einen Druck auf die Gesellschaften auszuüben." Daß Sonntagsfahrten Luxusfahrten sind, wird die Berliner Bevölkerung mit Staunen vernehmen. Gerade beim Dampfschiff-Verkehr läßt sich diese Behauptung am allerwenigsten begründen. Bisher hat es in Berlin den meisten als ein Luxus gegolten, an Wochentagen eine Dampferfahrt zu machen; denn die hier bestehenden Dampfschiff-Linien werden ja in der Regel nicht zu Geschäftswegen, sondern zu Vergnügungstouren benutzt. Nun braucht man freilich nicht gleich ein Krösus zu sein, um sich auch in der Woche einmal eine Dampferpartie leisten zu können. Aber im allgemeinen trifft die Annahme in der That zu, daß Wochentags-Ausflüge bei den Bemittelten eher möglich und mehr üblich sind, als bei den Unbemittelten. Den Unbemittelten bleibt zu Ausflügen meist nur der Sonntag.

Die Feenpalast-Versammlungen des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler, die seinerzeit durch die neue Börsengesetzgebung veranlaßt wurden, werden diesen Sonnabend abermals das Ober-Verwaltungsgericht beschäftigen. Bekanntlich wurden diese Versammlungen vom Berliner Polizeipräsidenten untersagt, weil man höheren Ortes sie als Börse ansah. Auf die Klage des Vorstandes des Vereins erkannte dann der Bezirksausschuß zu ungunsten des Polizeipräsidenten, worauf dieser die Berufung einlegte. Das Ober-Verwaltungsgericht verhandelte hierüber bereits im Juli dieses Jahres länger als sechs Stunden, kam aber noch nicht zu einem Ergebniß, da der Geheimrath Wendelstädt als Vertreter des Ministers sehr viel neues Material für die Anschauung beibrachte, daß es sich doch um eine Börse handele. Der Beginn der neuen Verhandlung, der einzigen der ganzen Sitzung, ist auf 10 Uhr festgesetzt worden.

Die Statue des Mathematikers Gauß ist gestern auf dem westlichen Theile der Potsdamerbrücke, gegenüber dem Standbilde von Siemens aufgestellt worden. Der Gelehrte ist im Arbeitsgewand in sitzender Stellung vom Künstler zur Darstellung gebracht. Seine Wissenschaft versinnbildlichen mathematisch-physikalische Apparate, die Gauß, in tiefes Denken versunken, betrachtet. An seiner Seite sitzt ein gelockter Knabe, welcher mit einer Weltkugel spielt. Bekanntlich machte man bereits vor einigen Wochen den Versuch, die Statuen von Gauß und Röntgen aufzustellen, doch wurden sie bald darauf wieder in einem Holzschuppen am Schöneberger Ufer untergebracht, aus dem nun das Standbild des großen Mathematikers seine Auferstehung gefeiert hat. Die Postamente sind durch Granitplatten erhöht worden, da man die schlechte Wirkung der Bildwerke zum theil auch den niedrigen Postamenten zuschreibt. Wie wir seinerzeit mitgetheilt haben, will man erst nach dem Gesammteindruck sämmtlicher vier Standbilder einen Beschluß fassen, ob diese dort bleiben sollen oder nicht.

Vom Raubmörder Albert Wegner. Das Befinden des im Krankenhaus zu Zeitz daniederliegenden Mannes, der für den Raubmörder Albert Wegner gehalten wird, hat sich wider Erwarten so gebessert, daß seine Genesung erfolgen dürfte. Der Kranke, der zwar noch starkes Fieber hat, ist jetzt bei voller Besinnung. Zur Rekognition hat sich der Inspektor des Fuhlsbütteler Zuchthauses nach Zeitz begeben, doch sind besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen, damit der Beobachtete des Beamten nicht ansichtig wird, da man befürchtet, daß die dadurch herbeigeführte Aufregung den Tod zur Folge haben könnte.

In trübe Lohnverhältnisse gestattet die öffentliche Ladung des hiesigen Gewerbegerichts einen Einblick, die gegen den Tischlermeister Ernst Pannicke, zuletzt in Berlin, Fruchtstraße 63, jetzt unbekannten Aufenthalts, gerichtet ist. Vier Tischler haben wegen Lohnforderungen geklagt, deren geringste 30 M., deren höchste 95,50 M. beträgt. Die Ladung datirt vom 10. November, Verhandlungstermin ist auf den 19. Dezember anberaumt. Es scheint ja, als ob in diesem Falle die Kläger Aussicht haben, im Wege des Prozesses ihre Befriedigung zu erlangen, denn die Klagen sind außer wegen der Lohnforderungen, die zusammen 253,50 M. betragen, zugleich auf Erstattung der den Klägern durch Ausbringung von Arresten entstandenen Kosten gerichtet. Wie lange mögen die Leute auf ihren verdienten Lohn schon warten?

Militärmißhandlung. Die „Volks-Zeitung" berichtet: In Untersuchungshaft genommen ist der Unteroffizier Schubert von der Artillerie-Prüfungskommission in Kummersdorf, weil er einen Untergebenen geohrfeigt hat. Schubert ist von dem Schießplatze nach Berlin gebracht worden.

Aufsehen verursacht in den hiesigen kaufmännischen Kreisen das vor etwa drei Wochen erfolgte Verschwinden des Prokuristen G., der in einem bekannten Manufakturwaaren-Engrosgeschäft in Stellung war und bei seinen Chefs sich des größten Vertrauens erfreute. Wie ermittelt wurde, hat G. seit Jahren Unterschlagungen begangen und dieselben durch falsche Eintragungen verdeckt. Die unterschlagene Summe soll ganz bedeutend sein und 40 000 M. übersteigen. Die Firma hat, da an eine Wiedererlangung des Geldes nicht zu denken ist — G. dürfte nämlich den größten Theil der Summe im Spiel verloren haben — von Erstattung einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und Verfolgung des Defraudanten Abstand genommen.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute zum ersten Male Anzengruber's Volksstück „Das vierte Gebot" in folgender Besetzung der Hauptrollen: Anton Kraterer Karl Dahlen, Siedonie Mathilde Holder, Hedwig Grethe Meyer, August Stolzenthal Gustav Olmar, Schalanter Max Pategg, Barbara Louisabetz Röckel, Martin Leopold Thurner, Josepha Helene Rosner, Herwig Agnes Werner, Johann Dunker August Weigert, Robert Frey Georg Paschke, Eduard Ferdinand Gregori.

Feuerbericht. Donnerstag früh kurz nach 7 Uhr wurde die Wehr nach Barnimstraße 2 gerufen. Hier stand der gesammte Dachstuhl in Flammen, dieser wurde jedoch von der schnell alarmirten Wehr mit einem Rohre bald abgelöscht. Das Haus hat erheblichen Schaden erlitten. Kurz nach 11 Uhr mußte nach Straßmannstraße 28 ausgerückt werden, wo eine Sommerlaube in Brand gerathen war.

Aus den Nachbarorten.

In Rixdorf findet am nächsten Dienstag eine Volksversammlung statt. Näheres durch Inserate und Säulenanschlag.] Der Vertrauensmann.

Rixdorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß Sonnabend, den 26. November d. J., ein Herbstfest im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/50, stattfindet. Das Fest ist veranstaltet von den Radfahrer-Vereinen „Fall" und „Greif", Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität". Ferner findet großes Instrumental-Konzert, sowie Theater- und Spezialitäten-Vorstellung unter gütiger Mitwirkung der Theatergesellschaft „Humor" statt. Nach der Vorstellung Tanz. Der Ueberschuß ist zur Erstattung eines bei der Reichstagswahl gestohlenen Fahrrades bestimmt. Anfang 8 Uhr. Billets à 25 Pf. sind bei den Mitgliedern der Vereine sowie in den Zahlstellen des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts" zu haben. (Siehe Annonce.) Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Das Komitee.

Der Arbeiter-Bildungsverein von Ober-Schöneweide und Umgegend hält Sonnabend, abends $8\frac{1}{2}$ Uhr, in Haferland's Restaurant, Siemensstraße, seine Vereinsversammlung ab. Gäste sind willkommen. Genosse John wird über den Stuttgarter Parteitag sprechen.

Die Art der Ueberwachung, die gewisse Vorortsbehörden gegen die Arbeiterschaft belieben, wird illustrirt durch das Schicksal, das dem Arbeiter-Gesangverein „Weiße Rose" zu Reinickendorf beschieden ist. Der Verein feierte am Sonnabend im Lokal Marienbad, Berlin, Badstr. 35/36, sein Stiftungsfest. In Reinickendorf ist ihm eine solche Feier nicht gut möglich. Als der Gesangverein am 30. Juli am Orte einen Sommernachts-Ball abhalten wollte, verbot dies der Amtsvorsteher unter der für zeitgemäß erachteten Begründung, daß der Gesangverein ein politischer Verein sei, und daß der von ihm veranstaltete Sommernachts-Ball sich durch ein gewiß nur dem Amtsvorsteher erklärliches Wunder in eine politische Vereinsversammlung umwandle, auf welcher Frauen nach dem Vereinsgesetz nicht mittanzen dürften. Der Landrath stimmte dem Amtsvorsteher völlig bei.

Daß ein solches Verbot durchaus ungesetzlich ist, unterliegt keinem Zweifel und wird bestätigt in der Antwort, die der Regierungspräsident auf die Beschwerde ertheilt hat. Das amtliche Schreiben lautet:

„Die gegen den Bescheid des Herrn Landraths des Kreises Niederbarnim vom 1. September d. J. gerichtete Beschwerde vom 20. dess. Mts. wird für begründet erachtet und die angefochtene Verfügung des Herrn Amtsvorstehers daselbst vom 25. Juli d. J. aufgehoben.

Es war unzulässig, die nachgesuchte Erlaubniß zur Abhaltung des Vergnügens (Sommernachtsball) mit der Begründung zu versagen, daß der Verein ein politischer sei und Frauen an den Versammlungen politischer Vereine nicht theilnehmen dürfen. Wenn die Voraussetzung richtig und die Theilnahme von Frauen an der Versammlung somit gesetzlich unzulässig war, hätte dies in der Verfügung zum Ausdruck gebracht und gemäß § 8 Absatz 3 des Vereinsgesetzes die Auflösung der Versammlung für den Fall angedroht werden müssen, daß der Aufforderung zur Entfernung der Frauen keine Folge geleistet werden würde.

Da im Voraus ausgesprochene Verbot der Theilnahme von Frauen aber entsprach nicht den Bestimmungen des Vereinsgesetzes. War hiernach die angefochtene Verfügung aus formellen Gründen aufzuheben, so erübrigt sich für den vorliegenden Fall die weitere Frage, ob der Arbeiter-Gesangverein „Weiße Rose", wie der Herr Amtsvorsteher angenommen hat, als ein politischer Verein im Sinne des erwähnten § 8 angesehen werden kann."

Um sich nicht abermals Scherereien auszusetzen, hält der Verein sein Stiftungsfest, wie gesagt, in Berlin ab. Wir zweifeln nicht daran, daß es zahlreich besucht wird.

Der Ausschuß zur Vorberathung der Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerks in Charlottenburg hat beschlossen, von den sechs eingegangenen Angeboten auf die Ausführung des Werkes zwei für annehmbar zu erklären. Darunter befindet sich auch das Gebot von Siemens u. Halske. Die beiden Firmen sollen aufgefordert werden, einzelne Aenderungen an den eingereichten Plänen nach den Wünschen des Ausschusses vorzunehmen.

Prof. Dr. Schweninger hat der „Staatsbürger-Zeitung" zufolge die Stelle des leitenden Arztes an dem Krankenhause angenommen, das der Kreis Teltow bei Steglitz erbauen will. Bismarck soll bei Lebzeiten dem bekannten Arzte die Stelle verschafft haben.

Eine neue Straße soll zwischen Kaiser-Allee und Halensee errichtet werden. Dieselbe wird parallel mit dem Kurfürstendamm laufen und soll Reitwege, Fahrradwege 2c. erhalten. Es handelt sich, so meldet der „Konfektionär", um Grunderwerb im Betrage von 16 Millionen Mark. Eine der bedeutendsten hiesigen Banken wird mit diesem Projekt in Verbindung gebracht.

In der Angelegenheit der Weiterführung der Hochbahn als Unterpflasterbahn auf Charlottenburger Gebiet sind die Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und dem Charlottenburger Magistrat immer noch nicht abgeschlossen, und es konnte somit die letzte dortige Stadtverordneten-Versammlung sich noch nicht mit der Angelegenheit beschäftigen. Es wird dies jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach über 14 Tage, in der nächsten Sitzung, geschehen.

Mit dem Leben davongekommen ist die Wittwe Habig aus Schöneberg, die ihr Geliebter, der Sattlermeister Hawardt, durch Messerstiche zu tödten versuchte. Die Frau ist bereits wieder so weit genesen, daß sie in den nächsten Wochen aus dem Krankenhaus am Urban entlassen werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Eine Streikgeschichte unterlag gestern der Prüfung der 6. Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I. Die Anstreicher Karl Graßmann, Albert Niederjahn und Adolf Lindner waren wegen Vergehens gegen den § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung vom Schöffengericht verurtheilt worden und zwar die beiden Erstgenannten zu je drei, Lindner zu zwei Monaten Gefängniß. Es war folgender Thatbestand als erwiesen angenommen worden: Im Juli d. J. waren die Angeklagten nebst noch etwa 80 anderen Arbeitern durch den Malermeister Plodki mit dem Anstreichen der Bahnhofshallen auf dem Schlesischen Bahnhofe beschäftigt. In der Mittagspause des 19. Juli kamen mehrere Arbeiter dahin überein, daß sie einen höheren Lohn erzielen oder die Arbeit niederlegen wollten. Als ihr Meister die Mehrforderung ablehnte, legte der größte Theil der Arbeiter die Arbeit nieder. In einem benachbarten Schanklokal fand eine Besprechung statt. Niederjahn, der zumeist das Wort führte, soll angeblich erklärt haben: „Wer von den anwesenden Arbeitern die Arbeit wieder aufnehme, könne von den Kollegen nicht mehr geachtet werden und bekäme seine ordentliche Reinigung." Der Anstreicher Wille hatte sich an der Arbeitseinstellung nicht betheiligt. Als er am Abende die Bahnhofshalle verließ, wurde er am Ausgange von Graßmann, Lindner und anderen erwartet. Er will dann eine gehörige Tracht Prügel erhalten haben, weiter will er von den Ausständigen auch am anderen Tage belästigt worden sein. Während Graßmann sich bei dem schöffengerichtlichen Erkenntniß beruhigte, hatten Niederjahn und Lindner Berufung eingelegt und behauptet, daß sie nicht in dem Maße bei den Vorfällen betheiligt gewesen seien, wie es vom Vorderrichter angenommen war. Die Beweisaufnahme hatte dasselbe Ergebniß wie in der ersten Instanz, so daß der Vertheidiger, Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, sich nur gegen die Höhe des Strafmaßes wenden konnte. Er sehe wirklich keinen Grund ein, warum die Gerichtshöfe seit einiger Zeit dergleichen Vergehen so außerordentlich schwer ahndeten. Die sozialen Gegensätze könne man dadurch doch wirklich nicht ausgleichen.

Der Gerichtshof setzte das Strafmaß auf je sechs Wochen Gefängniß herab.

Ein mit noch nicht dagewesener Frechheit ausgeführter Extrablattschwindel beschäftigte gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der Handelsmann Hermann Schulz vorgeführt, welcher der wissentlich falschen Anschuldigung, des Betruges, des groben Unfugs und der Uebertretung gegen das Preßgesetz beschuldigt war. An einem Augusttage erhielt die Polizei eine Aufsehen erregende schriftliche Anzeige. Der Angeklagte theilte mit, daß er ein Gespräch zweier Männer in einem Restaurant am Schloßplatze belauscht habe. Der eine der beiden Männer habe dem anderen erzählt, daß er soeben eine Dynamitbombe im königlichen Schloß niedergelegt habe. Der Lauscher sei dem angeblichen Attentäter auf Schritt und Tritt gefolgt, als dieser die Schankwirthschaft verließ und habe festgestellt, daß derselbe im Hause Fennstraße 9 wohne und P... heiße. Die Ermittelungen ergaben, daß die ganze Geschichte aus der Luft gegriffen war. Der Angeklagte hatte, wie er bei seiner Vernehmung zugab, den Bezichtigten Unannehmlichkeiten verschaffen wollen, weil er ihn im Verdacht hatte, daß er zu seiner Ehefrau in einem unerlaubten Verhältniß stand. Aber inzwischen hatte der Angeklagte das erfundene Attentat auszubeuten versucht. Er hatte Extrablätter drucken lassen, worin er von der beim Polizeipräsidium eingegangenen Anzeige Mittheilung machte. Die Behörde verhinderte schleunigst die Verbreitung der Blätter. Bald darauf versuchte der Angeklagte es mit Extrablättern, worin er mittheilte, daß man dem Lustmörder aus der Hasenhaide auf der Spur sei. Auf diesen Blättern war Schulz selbst als Drucker angegeben. Er hatte sich dadurch der Uebertretung gegen das Preßgesetz schuldig gemacht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten neun Monate Gefängniß, zweijährigen Ehrverlust und 50 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof beließ es bei einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

In der seit mehreren Jahren schwebenden Anklagesache gegen den Kaufmann Max Schwarz aus Bukarest, der beschuldigt ist, eine Anzahl von Kaufleuten durch betrügerische Handlungen geschädigt zu haben, ist nunmehr ein neuer Termin zur Hauptverhandlung vor der 8. Strafkammer auf den 30. November anberaumt worden. Da die Rechtsanwälte Hugo Sachs und Dr. Schwindt den von ihnen angebotenen Entlastungsbeweis neuerdings noch ausgedehnt haben und der Umfang der Verhandlung dadurch noch anwachsen dürfte, hat Landgerichtsdirektor Weinmann für dieselbe drei Sitzungstage bestimmt.

Die zwischen Radfahrern und Droschkenkutschern herrschende Gereiztheit wird sattsam illustrirt durch eine Anklage wegen groben Unfugs, wegen welcher sich der Droschkenkutscher Friedrich Gutschmidt auf die Anzeige einiger Radfahrer hin vor dem Schöffengerichte in Charlottenburg zu verantworten hatte. Der grobe Unfug sollte dadurch verübt worden sein, daß Gutschmidt auf öffentlicher Chaussee, unmittelbar vor dem Restaurant Hundekehle, durch ungebührliches Vorbeifahren an einem anderen Fuhrwerke sowohl die öffentliche Ordnung, als auch die Sicherheit und Bequemlichkeit des radfahrenden Publikums gestört habe. Die ganze unheimliche Anklage schrumpfte nun aber auf folgenden gerichtlich festgestellten Thatbestand zusammen: Gutschmidt wollte mit besetzter Droschke von Hundekehle nach Halensee. Vor ihm fuhr auf der Chaussee ein Break, bei dem er vorbeifahren wollte. Als er zu diesem Zwecke zur Seite einbog und hinter dem Break hervorkam, kamen etliche Radfahrer im tollsten Tempo ihm entgegen. Da die Droschke die Durchfahrt versperrte, so waren die Radfahrer genöthigt, abzusitzen und ihre Räder seitwärts der Chaussee entlang zu schieben oder zu warten, bis die Droschke vorbei war. Der Amtsanwalt argumentirte nun, daß Gutschmidt absichtlich, den Radfahrern zum Trotze, den Weg versperrt und somit groben Unfug verübt habe. Der Gerichtshof nahm indessen an, daß die Chaussee nicht allein der Radfahrer wegen da sei, daß Gutschmidt nichts Unrechtes gethan habe und sprach ihn deshalb frei. Nach dem Wunsche des Amtsanwalts hätte Gutschmidt 30 M. Strafe zahlen sollen.

Mit dem Zusammenbruche der „Berliner Weißbier-Brauerei Füllgrabe Nachf." hing die Anklage wegen Betruges und Konkursvergehens zusammen, die die vierte Strafkammer des Landgerichts I gestern gegen den Kaufmann Eduard Heßling zu verhandeln hatte. Letzterer war im Oktober 1895 durch den von seiner Mutter bewirkten Kauf Eigenthümer der Füllgrabe'schen Brauerei geworden. Als Inhaberin war zunächst seine Mutter ins Handelsregister eingetragen, am 7. Oktober 1897 heirathete aber der Angeklagte und übernahm die Brauerei auf eigene Rechnung, indem er eine durch die Heirath erlangte Mitgift von 30 000 M. an seine Mutter zahlte. Schon am 26. Januar 1898 wurde das Konkursverfahren über sein Vermögen eröffnet, wobei sich eine Passivsumme von 76 000 M. herausstellte. Der Stand der Aktiva ist noch zweifelhaft. Auch ergab sich, daß die Buchführung eine mangelhafte und unzulängliche war. Außer dieser schlechten Buchführung warf die Anklagebehörde dem Angeklagten noch vor, daß er kurz vor der Eröffnung des Konkurses unter Verschweigung seiner prekären Vermögenslage Geschäfte über größere Objekte auf Kredit abgeschlossen und so seine Gläubiger getäuscht habe. Es handelte sich insbesondere um ein kurz vor dem Zusammenbruch mit dem Pferdehändler Neuenfeld abgeschlossenes Pferdegeschäft und um einem um dieselbe Zeit gemachten Ankauf von Juwelen im Werthe von 2700 M., wobei er seine eigenen Accepte, die schließlich nicht eingelöst wurden, in Zahlung gab. Er hatte sich bei diesen Geschäften als Vermittler des inzwischen flüchtig gewordenen und in einer anderen Sache steckbrieflich verfolgten früheren Rittergutsbesitzers v. Böckmann bedient, der namentlich dem Neuenfeld erzählte, daß der Angeklagte einen reichen Schwiegervater habe und eine Mitgift von mindestens 100 000 M. noch zu erwarten habe. Rechtsanwalt Dr. Schwindt gelang nun aber der Nachweis, daß der Angeklagte dem v. Böckmann zu blindes Vertrauen geschenkt und dieser die ihm ertheilten Vollmachten überschritten und sich als ungetreuer Vermittler erwiesen habe. Der Angeklagte selbst habe bei der Abwickelung der Geschäfte keinerlei falsche Vorspiegelungen gemacht, sondern habe zu jener Zeit die feste Aussicht gehabt, durch Vermittelung zweier Personen in den Besitz größerer Kapitalien zu gelangen. Der Staatsanwalt erkannte die Schlüssigkeit dieses Beweises an und schloß sich dem Antrage des Vertheidigers auf Freisprechung von der Anklage des Betruges an. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten denn auch in dieser Beziehung frei und verurtheilte ihn nur wegen schlechter Buchführung zu einer Woche Gefängniß.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis. Versammlungsbericht. Fortsetzung. Zum Thema der Landtags-Wahlen sagte der Referent Liebknecht ungefähr: Die Wahlen sind vorüber und für jeden umsichtigen Genossen, sollte man denken, müßte der Streit um die Frage unserer Betheiligung damit erledigt sein. Erst in fünf Jahren wird ja wieder gewählt, aber sonderbarerweise lodert der Streit um die Wahlbetheiligung jetzt noch einmal auf. Das erinnert mich an das Kaulbach'sche Gemälde „Die Hunnenschlacht", wo der Maler die Erbitterung, mit der die Feinde gekämpft haben, dadurch veranschaulicht, daß er uns zeigt, wie nach beendeter Schlacht die Geister der Gefallenen in der Luft noch den Kampf fortsetzen. So, scheint es, sind auch von uns etliche Geister in die Luft geflogen, um jetzt, wo der Wahlkampf vorüber ist, die Schlacht in der Luft fortzuführen. Hoffentlich ohne Erbitterung. Ich für meinen Theil würde über die Frage nicht mehr gesprochen haben, wenn ich nicht angegriffen worden wäre. Genosse Liebknecht bespricht nun die Entstehungsgeschichte des preußischen Wahlrechts und bezeichnet dasselbe an der Hand der einschlägigen Bestimmungen als ein solches, welches den Angehörigen der Kapitalistenklasse von vornherein die Majorität sichert, die Arbeiterklasse aber, welche doch nur in der dritten Abtheilung wählt, also günstigstenfalls ein Drittel der Wahlmänner stellen kann, aus dem Landtag und von der Gesetzgebung ausschließt. Der ausgesprochene Zweck war, die Demokratie fernzuhalten. Und das ist erreicht. Deshalb hat die Sozialdemokratie auch nie den Versuch gemacht, sich an den preußischen Landtagswahlen zu betheiligen. Ein Standpunkt, den schon Lassalle und nach ihm die anerkanntesten Führer unserer Partei eingenommen haben. Zwar haben wir gesehen, daß wir auch unter schlechten Wahlgesetzen Erfolge erzielen können. Ich war seinerzeit der erste, der für Betheiligung in Sachsen eintrat, denn ich war und bin der Meinung, daß wir uns an allen Wahlen, wo es möglich ist, auch nur einen einzigen Abgeordneten mit eigener Kraft durchzubringen, betheiligen müssen. Und in Sachsen konnten wir Mandate erringen. Das ging in Sachsen so lange, bis die Zahl unserer Abgeordneten den Gegnern zu groß wurde und sie ein Dreiklassen-Wahlgesetz nach preußischem Muster einführten. Es ist allerdings nicht ganz so schlecht, denn es gewährt die geheime Stimmabgabe. Trotzdem konnten wir bei der letzten Wahl kein Mandat mehr erringen. Und mancher Genosse in Sachsen, der für die Betheiligung in Preußen schwärmte, hat inzwischen eingesehen, daß wir unter dem Dreiklassen-Wahlgesetz aus eigener Kraft keine Mandate erringen können. Ende der 70er oder anfangs der 80er Jahre machten uns einmal die Demokraten von Frankfurt a. M. den Vorschlag, mit ihnen gemeinsam gegen die Konservativen und Nationalliberalen für Sommemann zu stimmen, wogegen sie bereit waren, uns das andere Mandat des Kreises zu überlassen. Nach reiflicher Prüfung lehnten wir diesen Vorschlag ab, weil wir nicht ein Kompromiß eingehen wollten mit einer Partei, mit der wir wohl momentan in einer bestimmten Frage zusammengehen können, von der wir aber durch unser Prinzip des Klassenkampfes streng geschieden sind, und die wir im allgemeinen bekämpfen müssen. — Redner bespricht die Wandlungen, welche sich über die Betheiligungsfrage seit der Bernstein'schen Anregung im Jahre 1898 bis zum Hamburger Parteitag bei einem Theil unserer Genossen bemerkbar gemacht haben; er führt aus, daß der Hamburger Beschluß unter Zustimmung von Auer, Bebel und des ganzen Parteitages ausgelegt wurde, daß wir uns nur durch Aufstellung eigener Wahlmänner betheiligen dürfen, und daß selbst Anhänger der Wahl damals zugaben, jetzt, nachdem der Beschluß in diesem Sinne gefaßt worden, sei für uns nichts zu machen, da der Beschluß jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien verbiete. — Sehr bald nach dem Parteitag aber wurde — zunächst in Bielefeld — dann aber auch an anderen Orten ein Zusammengehen mit den Freisinnigen befürwortet. Das war ein flagranter Verstoß gegen den Parteibeschluß und die Parteidisziplin. Die Freunde der Betheiligung fanden es aber ganz in der Ordnung. Dagegen wurde komischerweise den Berlinern der Vorwurf gemacht, sie hätten durch den Feenpalast-Beschluß, an dem mitgewirkt zu haben ich mir zur Ehre rechne, gegen den Hamburger Beschluß verstoßen. Wer das behauptet, kennt entweder den Hamburger oder den Berliner Beschluß nicht. Die Betheiligung war dem Wortlaut und Sinn des Hamburger Beschlusses nach nur da geboten, wo es sich um die Verdrängung eines Junkers oder sonstigen Reaktionärs handelte. Ein solcher Fall aber lag in Berlin nicht vor, und die des Sieges sicheren Freisinnigen zu unterstützen, wäre eine Verschwendung an Zeit, Kraft und Geld gewesen. — Es kam der Stuttgarter Parteitag. Da verschiedene Ereignisse der letzten Zeit unsern Gegnern den Vorwand boten, neue reaktionäre Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu befürworten, und da es aus diesem Grunde nothwendig erschien, daß unsere Partei einig und geschlossen dastehe, hielten wir es für das beste, den Streit über die Landtagswahlen aus der Welt zu schaffen. So kam der Stuttgarter Beschluß zu stande, der von einer allgemeinen Betheiligung absieht und den Wahlkreisen freie Hand läßt. —

Jetzt sind die Wahlen vorüber, einige Kreise haben sich betheiligt und verschiedene — nicht alle — Freunde der Betheiligung erklären sich mit den Resultaten sehr zufrieden. Das kommt wohl daher, weil niemand gern einen Irrthum eingesteht, und wer die Schläge weg hat, gern ein vergnügtes Gesicht dazu macht. Alle oder doch fast alle die Wahlkreise, die für uns als die aussichtsvollsten galten, haben sich betheiligt, und der Erfolg hat gezeigt, daß wir recht hatten, die von vornherein sagten, daß wir aus eigener Kraft nichts, jedenfalls kein Mandat erreichen können. Die Bielefelder Genossen haben sich nicht an den Hamburger Beschluß gekehrt, sie haben von vornherein ein Zusammengehen mit den Freisinnigen angebahnt. Außerdem haben u. a. Altona, Breslau, Frankfurt a. M. und Hannover-Linden gleich von Anfang an, d. h. gleich nach dem Hamburger Beschluß, ihre Wahlvorbereitungen begonnen. Und das Resultat?

Breslau hat bewiesen, daß wir nicht einmal mit Hilfe der Freisinnigen ein Mandat erlangen konnten, denn die Antwort, welche unsere Genossen daselbst von den Freisinnigen erhielten, lautete dahin: Wir können unsere Anhänger nicht kommandiren und viele von ihnen würden eher für einen Konservativen oder Nationalliberalen, als für einen Sozialdemokraten stimmen. Ich habe in meiner Polemik mit der Breslauer „Volkswacht" gesagt, dies sei kein Parteitriumph. Als eine Parteischande, wie mir unterschoben wird, habe ich es nicht bezeichnet. Lieber wäre es mir und wohl auch anderen, denen die Ehre der Partei am Herzen liegt, aber gewesen, die Breslauer Parteigenossen hätten sich nicht der Möglichkeit ausgesetzt, eine solche Antwort zu bekommen, die sie hätten voraussehen müssen. Wie sieht es nun sonst aus mit unseren „großen Erfolgen"? In Breslau haben wir von 1278 Wahlmännern 90 erhalten. In Altona, einer Stadt, die schon seit Lassalle's Zeiten eine treffliche Organisation hat, wo unsere Partei tief in das Bürgerthum hineinreicht, wo also die Aussichten für uns besonders günstig waren, haben wir von 530 Wahlmännern 140. Hier ist also das Fünftel, welches Ledebour im Feenpalast als unser Antheil im günstigsten Falle annahm, etwas übertroffen, trotzdem sind diejenigen gewählt, die auch ohne unsere Betheiligung durchgekommen wären. — In Linden hatten wir zwar in der Stadt die Mehrheit, wurden aber überstimmt durch die ländlichen Bezirke. Unsere Mehrheit in Linden erklärt sich aber dadurch, daß sich unsere Genossen in Hannover mit den Welfen verbündeten, was ich ihnen nicht zum Vorwurf machen will — und gegen Ueberlassung des Wahlkreises Hannover das Zugeständniß erhielten, daß die Welfen in Linden für unsere Kandidaten stimmen würden. Wir sehen hier also ein Bündniß mit einer Partei, die sich in prinzipieller, staatsrechtlicher Opposition gegen Preußen befindet, und dennoch haben die Anhänger dieser Partei zum großen Theil nicht für unseren Kandidaten gestimmt. Ob in Frankfurt a. M. Abmachungen unsererseits und welche versucht worden sind, weiß ich nicht, wenigstens nicht offiziell. Unsere Partei hat sich auf alle Fälle dort damit begnügen müssen, für den Freisinnigen und Demokraten zu stimmen, um die Wahl der Nationalliberalen zu verhindern. Also für die Partei, mit der wir bei der Reichstagswahl zu kämpfen hatten. Ist das ein Resultat, welches Anlaß geben kann zu besonderer Freude? Bewiesen ist, daß wir aus eigener Kraft kein Mandat erobern können. Wer das trotz der Wahlresultate noch glaubt, mit dem zu diskutiren bin ich außer stande. Wenn behauptet wird, wir können die Freisinnigen zwingen, uns Mandate zu überlassen, so sage ich, das ist falsch. Da unser eigenes Interesse uns gebietet, gegen die Junker und sonstigen Reaktionäre zu kämpfen und unsere Genossen auch mit dieser Parole in den Kampf gezogen sind, so haben die Freisinnigen gar keine Veranlassung, ein Schachergeschäft mit uns einzugehen. Wir können einen Druck in dieser Richtung auf die Freisinnigen auch gar nicht ausüben, ohne unserem Prinzip ins Gesicht zu schlagen. Die von uns vorausgesagte Verwirrung — taktisch wie prinzipiell — ist in der That eingetreten. Wurde doch sogar entdeckt, die öffentliche Stimmabgabe sei nicht gefährlich, denn es hätten keine Maßregelungen stattgefunden. Da wir bei der Landtagswahl für die freisinnigen Fabrikanten eingetreten sind, hatten diese natürlich keinen Anlaß zu Maßregelungen. Welche Folgen aber die öffentliche Abstimmung sonst noch hat, das zeigen die Ausweisungen aus Schleswig. —

Es fragt sich nun, welche Stellung sollen wir in Zukunft einnehmen. Das beste wäre gewesen, man hätte den Kölner Beschluß nur soweit aufgehoben, als er die Nichtbetheiligung jedem einzelnen Parteigenossen zur Pflicht macht. Dann konnte jeder, der es für angebracht hält — wie das auch schon vordem geschehen ist — sang- und klanglos als Individuum für einen Freisinnigen oder anderen Oppositionsmann stimmen. Niemals aber darf die Partei als solche für die Freisinnigen eintreten. Das verstößt nicht nur gegen unsere bisherige Taktik, die wir seit Ursprung der Partei befolgt haben, sondern auch gegen das Prinzip. Wenn wir Anhängsel der Fortschrittspartei werden, dann sind wir keine proletarische Partei mehr. Wir sind mit der Fortschrittspartei fertig geworden, wir werden auch mit den Junkern fertig werden, die ihre politische Macht nur der Feigheit des Freisinns verdanken und die nichts mehr zu bedeuten hätten, wenn sie nicht durch das kapitalistische Bürgerthum gestützt würden, dessen Prätorianer sie sind. Wir haben zwar alle demokratischen Oppositionsbestrebungen bürgerlicher Parteien zu unterstützen; allein wir können uns keiner bürgerlichen Partei dienstbar machen. Wir haben unser eigenes Ziel, gehen unsern eigenen Weg und werden aus eigener Kraft siegen. (Lebhafter Beifall.) Dem Vortrage folgte eine ausgedehnte Debatte.

Hintze vertrat die Ansicht, die Wahlen hätten kein klares Bild von dem gegeben, was wir erreichen können. Wir hätten durchaus nicht in allen aussichtsvollen Kreisen gewählt, und wo die Betheiligung beschlossen war, hätten sich die Wahlgegner nicht gefügt. Wenn wir uns im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise betheiligt hätten, so wäre jedenfalls ein besseres Resultat herausgekommen, wie in Altona. Wahrscheinlich wären wir mit den Konservativen in die Stichwahl gekommen, und es sei anzunehmen, daß die Freisinnigen dann nicht denselben Verrath an uns begangen hätten wie bei der Reichstagswahl. Wir hätten auch mit unserem Berliner Resultat einen Druck auf andere Wahlkreise ausüben können. Abgesehen von der Eroberung von Mandaten habe die Wahlbetheiligung doch auch einen agitatorischen Werth. Weil wir diesmal nicht einig und geschlossen vorgingen, könne man nicht sagen, wir hätten eine Niederlage erlitten.

Grashold führte aus, es könne jetzt niemand mehr behaupten, daß wir im stande seien, aus eigener Kraft Mandate zu erringen; er sei prinzipiell gegen ein Zusammengehen mit den Freisinnigen und begreife nicht, wie alte Parteigenossen, noch dazu solche, deren geistige Bedeutung die Arbeiter hoch schätzen müssen, ihren früheren ablehnenden Standpunkt verlassen konnten. Unter der Herrschaft des gegenwärtigen Wahlsystems würden wir nicht an Erfolge denken können. Im Feenpalast sei nicht — wie es neuerdings von manchen Genossen behauptet werde — beschlossen worden, während der Wahlbewegung eine Protestbewegung zu veranstalten. Der Feenpalast-Beschluß bestehe zu Recht und werde auch von den Genossen des dritten Landtags-Wahlkreises noch nach fünf Jahren hochgehalten werden.

Leid wandte sich gegen Hintze's Ausführungen und vertrat die Ansicht, daß wir im dritten Landtags-Wahlkreise keine ausschlaggebende Zahl von Wahlmännern durchbringen könnten, weil dieser Kreis, der sich nicht mit dem sechsten Reichstags-Wahlkreise deckt, bis weit in die innere Stadt hineinreiche. Die günstigen Chancen, die wir an der Peripherie haben, würden durch die für uns ungünstigen Aussichten in den Innenbezirken aufgehoben. Unsere Erfolge in den Wahlkreisen, wo wir uns diesmal betheiligt haben, seien durchaus nicht derart, daß sie für die Betheiligung sprechen. In Berlin dürften wir nicht den seither eingenommenen Standpunkt: unsere ganze Kraft gegen die Freisinnigen zu wenden, verlassen. Die Wirkung der Wahlbetheiligung überhaupt werde vielfach überschätzt. „Bisher sind uns die Wahlen nur Mittel zum Zweck gewesen, wenn man es jetzt so hinstellt, als ob sie Selbstzweck wären, so ist das ein falscher Standpunkt."

Scheffler hält durch die Probe für erwiesen, daß wir nicht das erreichen können, was die Wahlanhänger erwartet haben. Er begreife nicht, weshalb der Krieg jetzt weiter geführt werde. Er sei nicht für eine Betheiligung der Partei, aber dafür, daß es jedem Genossen freigestellt werde, ob er wählen will oder nicht.

Wernau ist gegen jede Betheiligung zu gunsten der Freisinnigen, denn das hieße, das Brot den Kindern nehmen und es vor die Säue werfen.

Kiesel erklärt sich mit Entschiedenheit gegen Wahlbetheiligung. Von den Freisinnigen hätten wir nichts zu erwarten. Wenn diese

ihren Besitzstand zu vertheidigen haben, seien sie schlimmer als die Konservativen. Man möge uns nicht zumuthen, den proletarischen Klassenstandpunkt zu verlassen und den Freisinnigen zu helfen.

Ernst führte aus, er nehme es den Wahlanhängern nicht übel, wenn sie jetzt von großen Erfolgen sprechen. Wer vor dem Bankrott steht, der bemühe sich ja auch, seine Verhältnisse recht günstig darzustellen. Das sei ein Kniff, den man nicht übel nehmen dürfe. Wenn es wirklich eintreffen sollte, daß wir mit den Konservativen in die Stichwahl kämen, dann wären die Freisinnigen Thoren, wenn sie für uns einträten. Sie würden vielmehr für den Konservativen stimmen, denn wenn es gilt, die Sozialdemokratie mundtodt zu machen, da halten die bürgerlichen Parteien immer zusammen. Wir würden es nie dahin bringen können, daß die Freisinnigen im Landtage ausschlaggebend sind. In Berlin hätte unsere Betheiligung nichts an der Sachlage geändert. Die größte Blamage würde es für uns gewesen sein, wenn wir den Freisinnigen unsere Hilfe angeboten und wenn sie dieselbe zurückgewiesen hätten, wie in Breslau. Wir würden ja doch für sie haben stimmen müssen, denn hätten wir etwa durch unsere Wahlenthaltung den Konservativen zum Siege verholfen, dann würden wir dadurch uns selbst geschädigt und den Freisinnigen ein wirksames Agitationsmittel gegen uns in die Hand gegeben haben.

Liebknecht bemerkte in seinem Schlußwort, er wolle keineswegs den Streit verschärfen, schon deshalb nicht, weil wir in Berlin vielleicht bald vor einer neuen Reichstagswahl stehen, und bei dieser Gelegenheit ein Streit unter den Genossen nachtheilige Folgen haben könne. Des weiteren wandte sich der Redner gegen die Behauptungen Hintze's, widerlegte namentlich die zwei Behauptungen, die wählenden Wahlkreise seien nicht genügend vorbereitet gewesen, und wir hätten durch unsere Betheiligung wenigstens das Zustandekommen einer reaktionären Landtagsmajorität verhindert, und betonte, unter Zusammenfassung der Argumente Für und Wider scharf den Standpunkt der Wahlenthaltung.

Folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Liebknecht in bezug auf den Ausfall der Landtagswahlen voll und ganz einverstanden, und erklärt, trotz verschiedener Angriffe auf die Berliner Parteigenossen, zu denen auch die des sechsten Reichstags-Wahlkreises gehören, nach wie vor an dem im Feenpalast gefaßten Beschluß festzuhalten.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung, welche dann unter Hochrufen auf Liebknecht auseinander ging.

Die Maurer lokaler Richtung hielten am Mittwoch vier öffentliche Versammlungen für Berlin und Umgegend ab. In der bei Wernau, Schwedterstraße, tagenden Versammlung theilte Metzke mit, daß seit dem kürzlich gegebenen Situationsbericht eine Bausperre stattgefunden hat. Die Ursache derselben war die Entlassung eines Maurers, die von seinen auf dem Bau arbeitenden Kollegen als Maßregelung angesehen wurde. Die Sperre ging nach achttägiger Dauer verloren, weil der Bau durch Akkordmaurer besetzt worden ist. Metzke knüpfte an die Darlegung dieses Falles die Mahnung, man solle nicht aus unzureichenden Gründen Bausperren veranlassen, die eben deshalb, weil sie nicht begründet sind, auch nicht durchgeführt werden können. Ferner theilt der Redner mit, daß er auf einem von Mitgliedern des Vereins „Arbeiterschutz" besetzten Bau vorstellig geworden sei, um die daselbst Arbeitenden zu veranlassen, die neunstündige Arbeitszeit innezuhalten. Zwar sei er auf den Widerstand des Poliers gestoßen, aber seine Vorstellung scheine doch Erfolg gehabt zu haben, denn Verein „Arbeiterschutz" habe sich bald darauf im Prinzip für die neunstündige Arbeitszeit erklärt. Sonst aber sei das Verhalten dieses Vereins durchaus kein arbeiterfreundliches, denn derselbe habe in letzter Zeit bekanntlich in verschiedenen Fällen Streikbrecher geliefert.

Betreffs des Sammelwesens nahm die Versammlung einen Antrag der Lohnkommission an, welcher besagt: Die Sammlungen zum Streikfonds werden mit dem 10. Dezember für dieses Jahr eingestellt. Wer bis zu jenem Tage seine Beiträge in Ordnung gebracht hat, erhält in seiner Karte den Schlußstempel. Da die Sammelkarten, wie sie bisher waren, sich bewährt haben, so werden sie für das nächste Jahr in derselben Form ausgegeben. Wann die Streikfonds-Sammlungen im kommenden Jahre wieder beginnen sollen, beschließt eine später stattfindende Versammlung.

Derselbe Beschluß wurde auch in den anderen drei Versammlungen, deren Tagesordnung die gleiche war, gefaßt.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Zahlabend bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 54/55. — Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. Nr. 29, Hamburg), Filiale 7. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 26. November, abends 8½ Uhr, bei Bergemann, Pasewalkerstr. 3.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend ordentliche Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (Gartenhalle).

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnißverein der Schmiede (Zahlstelle Berlin III). Sonntag, den 27. November, nachmittags 5 Uhr, bei Neumann, Brunnenstr. 150: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Ratkowski.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abonnementsquittung beizulegen, Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort nicht ertheilt

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

H. Sch. 1. Ja, z. B. die Freigemeindler. 2. Ja.

G. S. 102. Tausend Millionen.

Deutscher Bürger. Der Rothe Adler bedeutet keine Rangerhöhung und auch kein Amt — und der Empfänger hat deshalb nicht nöthig, sich einer Neuwahl zu unterziehen.

E. S. 77. Toussaint-Langenscheidt's Unterrichtsbriefe haben sich gut bewährt. Sie sind aber sehr theuer (20 Mark). Können Sie dies nicht ausgeben, so wenden Sie sich noch einmal an uns. Das Buch bekommen Sie in jeder Buchhandlung.

C. P. Nein. — **R. 99.** Nein. — **K. 33.** 1. Nein. 2. Ja. — **12. E. R.** Es bleibt nur der Klageweg übrig. — **1899.** Wenn Sie Gründe haben, brauchen Sie die Einwilligung nicht geben. Die Kosten trägt der unterliegende Theil. — **S. M. 31.** Ja. — **450.** Die nothwendigen Sachen können nicht gepfändet werden. 4 Jahre. — **Adebar.** 1. 30 Jahre. 2. Nein. — **W. M., Prangelstraße.** Auch Gefängnißstrafe. — **J. E. 23.** 1. Frage ist unverständlich. 2. Geburtsurkunde und Militärpaß. 3. Polizeipräsidium. — **J. R.** Nein. — **B. L.** Wenn Sie den Sachverhalt richtig geschildert haben, können Sie sowohl die Zivilklage erheben, als auch die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft unterbreiten. — **M. C. 80.** Durch Antrag beim Amtsgericht. Derartige Forderungen verjähren im allgemeinen in 2 Jahren. Ausgenommen sind jedoch solche Forderungen, welche in bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers entstanden sind. 4. Hängt von den Umständen ab. 5. Hier unbekannt. — **B. A. 18.** Nein.

Witterungsübersicht vom 24. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	758	O	1	wolkig	−2	Haparanda	755	Still	—	wolkenl	−22
Hamburg	748	O	3	bedeckt	−1	Petersburg	752	NW	3	bedeckt	−5
Berlin	749	SO	4	bedeckt	−0	Cork	733	NNO	7	Regen	4
Wiesbaden	744	O	1	Nebel	1	Aberdeen	745	SO	7	bedeckt	4
München	745	NW	2	bedeckt	−0	Paris	740	SO	3	bedeckt	2
Wien	748	SO	3	bedeckt	3						

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. November 1898.

Kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

III. Wahlkreis.

Am Sonntag, den 27. November, abends 6 Uhr, in den Arminhallen (gr. Saal), Kommandantenstr. 20:

Versammlung mit Frauen.

Vortrag des Genossen **Dr. R. Friedeberg.**

Hierauf: **Kränzchen.** Entree inkl. Garderobe 20 Pfennig.

241/7 Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20–21:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Schöning, Köpenickerstraße 68:

Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Kollegen! In dieser Versammlung ist Euch Gelegenheit geboten, dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande beizutreten.

Achtung, Einsetzer!

Am Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Schöning, Köpenickerstr. 68:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Verlesung der Statuten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung findet jeden Sonntag in der Morgensprache im obigen Lokal statt. — Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Kommission.

Branche der Korbmacher.

Montag, den 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Wilke, Andreasstrasse No. 26:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Unwahrheiten der zweiten Broschüre des Korbmachers Fischer. Referent Kollege **Vogt.** 2. Kassenbericht. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten.

Korbmacher Fischer ist zu dieser Versammlung persönlich eingeladen.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung pünktlich zu erscheinen.

Branche der Parkettbodenleger.

Am Montag, den 28. November, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Schöning, Köpenickerstr. 68:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Der Nutzen der Organisation. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 109/15

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Kommission.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Am Sonntag, den 27. November 1898, vormittags 10½ Uhr, im Feenpalast, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl des 1. Bevollmächtigten. 2. Die Arbeitslosen-Unterstützung und ihre Einführung im Verband. Referent **Otto Näther.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wegen der Generalversammlung findet der Vortrag in der Treptower Sternwarte am Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr **nicht** statt. Die bereits gelösten Billets sind giltig zu dem am selben Tag nachmittags 3 Uhr stattfindenden Vortrag, als auch zu jedem anderen Tag.

109/16 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Tischler Berlins

und Umgegend.

Am Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr, in Thiel's Festsälen, Fruchtstrasse 36a:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die nächsten Aufgaben der Gewerkschafts-Organisationen. 2. Wie stellen wir uns den Nichtorganisirten gegenüber? 3. Vereinsangelegenheiten. Kollegen als Gäste sind eingeladen.

2345b **Der Vorstand.**

Verein deutscher Schuhmacher

Schäftebranche (Filiale 5) **Schäftebranche.**

Sonnabend, 26. November, abends 9 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57: 272/19

Versammlung.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 26. November, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Jodl** über: Die Bewohnbarkeit der Himmelskörper. 2. Vereinsangelegenheiten.

Damen haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Achtung! Stuckateure. Achtung!

Sonntag, den 27. November, mittags 12 Uhr, im Lokal des Herrn Ebert (Kindhaus), Kommandantenstr. 72:

Große öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Odenthal aus Köln a./Rh.** über: „Unsere Lage". 2. Diskussion. 3. Der Stand unseres Streikfonds. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet 173/18

Der Vertrauensmann.

Orts-Krankenkasse für das Tapezirer-Gewerbe zu Berlin.

Dienstag, den 29. November, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

in den „Arminhallen", Kommandanten-Strahe 20.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungsbericht. 2. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 3. Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern (fünf Kassenmitglieder, zwei Arbeitgeber). 4. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung. 5. Verschiedenes.

J. A.: **M. Oest,** 1. Vorsitzender,

180/5 Charlottenburg, Kaiser Friedrich-Straße 53.

Köpenick. Töpfer. Friedrichshagen.

Sonntag, den 27. November, nachmittags 2 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

im Restaurant Fritz Meyer, Köpenick, Rosenstr. 101.

Tages-Ordnung: [192/15

1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Gewerkschaftliches. Kollegen, erscheint in dieser Versammlung. Denjenigen, welche noch nicht organisirt sind, ist in dieser Versammlung Gelegenheit gegeben, sich zu organisiren.

H. David, Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 27. November, nachmittags 2½ Uhr, Extra-Vorstellung im Schiller-Theater

Was Ihr wollt.

Lustspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare.

Billets sind noch in den Zahlstellen und beim Unterzeichneten bis Sonnabend Abend zu haben. — Nächste Vereins-Vorstellung am Sonntag, den 11. Dezember, im Ostend-Carl Weiss-Theater. Zur Aufführung kommt: **Julia.** Trauerspiel in 3 Akten von Fr. Hebbel. — Neuaufnahmen werden noch durch die Zahlstellen vorgenommen.

151/1 I. A.: **Ad. Löhr,** Kassirer, Ackerstr. 40.

Zentralverband der Töpfer

(Filiale Berlin).

Sonnabend, den 26. November, im Lokal des Herrn Hoffmann (Englischer Garten), Alexanderstraße 27c:

Herbst-Vergnügen

unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins **Freie Sänger II.**

Anfang abends 8 Uhr.

Kollegen und Freunde sind zur regen Theilnahme eingeladen.

195/11 **Der Vorstand.**

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32, (neben Central-Theater).

Empfehle meine Säle, 100–800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsversammlungen, Kommersen 2c. zu den coulantesten Bedingungen. [279*] **Franz Müller.**

Mütter!

Waschet Eure Kleinen mit **Karola;** Ihr erhaltet alsdann denselben die Gesundheit und werdet Euch über den wundervoll zarten, frischen Teint der Kinder freuen.

Eröffnung

der ersten Verkaufsstelle des Konsumvereins

Berlin-Rixdorf

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)

Sonnabend, den 26. November

Ziethenstrasse 31.

Verkauf von Lebensmitteln.

Verkauf nur an Mitglieder.

Mitglieder werden jederzeit aufgenommen.

NB. Die Rixdorfer Mitglieder des Rabatt-Sparvereins „Südost" machen wir besonders aufmerksam.

2344b **Der Vorstand.**

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.

Inhaber: **Hermann Scholze** 6322*

empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Uhren! Goldwaaren!

Elegante Neuheiten in jeder Preislage.

Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.

Eink. für 2 eigene Geschäfte. Reparatur-Werkstatt im Hause.

Uhrmacher. **Konrad Friese.** Juwelier.

1. Geschäft: Müllerstr. 4, direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Fennstr. 61. Mein Lager in Musikwerken befindet sich Müllerstr. 4. Symphonion-Spieldosen von 7 M. an. Herophons werden billig verliehen.

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.

Chapeaux claques,

weiche und steife Filzhüte zu billigsten Preisen bei

Max Radtke, Blumenstr. 39,

449* Ecke Andreasstraße (kein Laden).

Orts-Krankenkasse

der

Maschinenbau-Arbeiter und verwandt. Gewerbe zu Berlin.

Die in der General-Versammlung vom 16. September d. J. beschlossene Abänderung des § 52 des Statuts (Zusatz als Ziffer 12) sowie die beschlossene Erhöhung der Kranken-Unterstützungsdauer von 52 auf **39 Wochen** ist seitens des Bezirks-Ausschusses unterm 7. November d. J. genehmigt worden und tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. 23415

Die Druckexemplare der 10. Abänderung werden den Mitgliedern zugestellt werden.

Berlin, den 25. November 1898.

Der Vorstand.

Hans Zeyssig. C. Gutheit.

Luisenhof, 2049*

Buckowerstrasse 9,

2 Säle, 120–150 Personen fassend, einige Sonnabende im Dezember frei.

1 Saal, 60–80 Personen, Sonnabende, Sonntage u. Weihnachtsfeiertage frei.

Charlottenburg.

Bade-Anstalt, Spandauerstr. 31.

Bäder aller Art. 2. Kl. 35 Pf., 3 St. 1 M. Für Damen Dienstags u. Freitags von mittags 12 bis 10 abds. Annahme sämmtlicher Krankenkassen. Sonntags bis 1 Uhr geöffnet. Kein Trinkgeld. **A. Posener.** [929*

Goldwaaren,

Uhren, Silber, Alfenide,

Neuarbeiten u. Reparaturen in eigener Werkstatt. **R. Haack,**

Gollnowstr. 32a, parterre (kein Laden).

Photographie

12 Visit 3,80 M. 1532*

2 Kabinet gratis.

Kinder und Gruppen gleiche Preise, 12 Kabinet 6,80 M.

E. Hering, Schönhauser-Allee 146.

Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Betten, Steppdeck., Gard., Portièren, Stores, Wäsche, Waffeldecken.

Winterpaletots, Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Operngläser verk. spottb.

Pfandleihe Neanderstraße 6.

Eine gangbare **Schmiede,** verbunden mit Stellmacherei, sehr gute Kundschaft, Vorort Berlins (Stadt), zirka 7000 Einwohner, umständehalber sofort zu verkaufen. Offerten unter **T. 7** an die Expedition d. Zeitung.

Achtung! [559*

Vereine.

Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu vergeben. **Fritz Nagel.**

„Feldschlößchen", Müllerstr. 142

Tafelbutter

10-Pfd.-Kosti 7 Mark.

Honig 5 M. **Roth,** Dziedzitz, Schlesien.

500

Hosenreste 5, 8, 10 M. Gelegenheitskauf, so lange d. Vorrath reicht, spottbillig.

Schönstes Weihnachtsgeschenk.

Schneiderei Engel, Münzstr. 26, part.

Ueberzieh. u. mehr. Oranienstr. 187, O. I.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 25. November.

Opernhaus. Das Rheingold. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Herostrat. Anfang 7½ Uhr.
Neues kgl. Opern-Theater (Kroll). Wohlthätigkeits-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Ein Tropfen Gift. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Mamselle Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Regimentstochter. Hierauf: Ballet-Divertissement. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Das vierte Gebot. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Der Hypotheken-Schuster. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die Regimentstochter. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Onkel Jonas. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Wohlthäter der Menschheit. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fregoli-Gastspiel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Grünenthal. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechselungsweise „Die Urzeit des Menschen" und „Quer durch Oesterreich".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag 8 Uhr: Zum 1. Male:
Das vierte Gebot.
Sonnabend 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Was Ihr wollt.
Sonntag Abend 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Benefiz für Anna Müller.
Zum 1. Male:
Die Regimentstochter.
Vaudeville in vier Akten von Blum.
Marie: Anna Müller.
Sonnabend Nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Berliner Raketen.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 11. Male:
Onkel Jonas.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Oskar Klein. Musik von Alb. Biecher.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Morgen und folgende Tage: **Onkel Jonas.** — Sonntag, nachmittags 2½ Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**

Central-Theater

Direktion: José Faroncy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 27. Novbr., nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Morgen und folgende Tage:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von Landesberg u. Stein. Musik von Karl Weinberger.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Hierauf:
Die Sünden der Frauen.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Hypothekenschuster
Posse mit Gesang in drei Akten von Leopold Ely.
Musik von Cornelius Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne

i. d. **Urania,** Invalidenstr. 57.
Sonntag, 27. Novbr., 5 Uhr:
Moderne Karikaturen
mit farbigen Lichtbildern.

Passage-Panoptikum.

Von 6 Uhr **Théâtre variété** bis 10 Uhr.
Nur noch kurze Zeit: Der Storchmensch
und das reichhaltige November-Progr.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
Täglich 8 Uhr abends:
Mene Tekel
Berliner Ausstattungsstück.
Sonntag Nachm. 3½ Uhr:
Dieselbe Vorstellung.
1 Kind frei.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das neue großartige November-Programm.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Apollo-Theater.

Armand'Ary
Dagmar Hansen, Sign. Basalary
Familie Agoust
Robert Steidl
und
16 hervorrag. Spezialitäten.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Wiederaufnr. von Britton.
Großartiges Programm.
Tageskasse von 11—1 Uhr.

Reichshallen-Restaurant.
Grosses
Konzert d. Reichshallen-Orchesters
Entree frei.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute Freitag, den 25. November:
Deborah.
Schauspiel in 4 Akten von Mosenthal.
Sonnabend:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge.
Novität! Sensationell! Novität!
Sensationeller Erfolg!
Die Circusfee.
Operette von Felsch. Musik von Baselt.
In Szene gesetzt von August Runge.
Neu! Charles Wolff, der berühmte Tanzhumorist. | **Neu!** Eugen Rosée, der beste aller Mimiker.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Täglich:
Bummelfritze.
Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen von Jacobsohn und Willen.
Musik von Michaelis.
In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Dazu das ausgewählte
Spezialitäten-Programm.
Neu! Neu! Neu!
Le cardo and Trepp,
Music-Excentric-Comedians.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Zum 25. Male:
Insel Tulipatan.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Großer Erfolg! Großer Beifall!
Athletik Professor Theseus.
Carl Jörgensen,
der beste mimische Darsteller.
Sensationell! **Bismarck**
vom Jüngling bis Friedrichsruh.
Toska's lebend. Bilder-Gallerie.
Circus Püschel u. s. w.
Nur noch kurze Zeit die erfolgreiche Gesangsposse
Rosen vom Norden.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Mähr's Theater

Oranienstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Hulda Lucas. Grete Gastani rc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

CIRCUS BUSCH

Freitag, den 25. November, abends 7½ Uhr:
Humorist. Vorstellung.
PERSIEN.
Gr. Manege-Schaustück in 5 Akten, inscenirt vom Dir. **Paul Busch.**
Besonders hervorzuheben: **Der Sturz des persischen Prinzen mit dem Pferde von hoher Felsenklippe ins Wasser.** Außerdem: Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt,** Ritter rc., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hof-Reitschule in Wien auf dem in kurzer Zeit dress. ostpreuß. Hengst „Bartolo", 4 ungar. Fuchshengste als Thurmspringer, dressirt und vorgeführt vom Dir. **Busch.** Dogcartfahrt mit eigens dazu dressirtem Pferde von Madame **Maria Dorö.** Auftreten des Gigerl-Clowns **Alfred Daniels** mit seinem Schnellphotographen.
Morgen: **Persien.** — Sonntag, den 27. Novbr., nachm. 4 Uhr: **Grosse Komiker-Vorstellung.** Ein Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren halbe Preise.

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Haben Sie

schon Ihren Bedarf in
Christbaumschmuck
für Weihnachten gedeckt?
Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Kistchen mit 10 Karton fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Ueberspannenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen,** eine schöne **Baumspitze** u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franko Zusendung zu sichern.
Auch giebt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10,—** bei franko Zusendung. Zur Wetterempfehlung lege 1 Packet Lametaschaum u. 12 Lichterhalter bei.
Lauscha in Thg. 81,5*
Karl Köhler, Schw. M.

Morgen kauf' ich mir einen Anzug!

Bei wem denn? Bei Herrmann Schlesinger! Wer ist Herrmann Schlesinger? Wo ist das Geschäft?
Pücklerstrasse 39.
Dort bis zum Görlitzer Bahnhof wirst Du hin und hier am Viehhof wohnst Du? Den kannst Du ja auch in der Nähe haben. Ich weiß es, ich gehe aber doch zu
Herrmann Schlesinger.
Ich weiß, er bedient mich reell. Ich habe schon meinen Ueberzieher dort gekauft und für meinen Erich eine Joppe. Mein Bruder wohnt dort in der
Köpenickerstraße,
der kauft auch alles da. Meine Schwester wohnt
Muskauerstraße,
ganz in der Nähe, die hat neulich Kleider und Wirthschaftsartikel dort gekauft.
Sehr gut und billig dabei. **Streng feste Preise.**
Deshalb gehen wir wieder hin.

Ausschneiden, erst bei Abholung vorzeigen.

Giltig für 3 M. bei einer Bestellung über 12 M., 1.50 M. unter 12 M.
Guckel's Zahnateliers
Lausitzer Platz 2, Stoglitzerstrasse 71.
Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt—Ilversgehofen

Renommirtes Fabrikat. — EINIGKEIT MACHT STARK · DEUTSCHE SCHUHFABRIK ERFURT · GESETZL. GESCH. — Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität . . . 7 M.
„ „ „ ohne Naht, Spiegel 8,50 M.
„ „ Besatz u. Knopfverzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
„ **Agraffenstiefel,** Besatz, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
„ **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
„ **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von 5,50 M. an.
„ **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.
„ **Hausschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [58562*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliance-Straße 102.
„ W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
„ Margarethenstr. 5.
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
„ Zeil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
„ Dachauerstraße 83.
„ Landsbergerstraße 7.
„ Humboldtstr. 22.
„ Amalienstr. 28.

„Jägerhaus", Schönhauser Allee 103.

Empfehle den Genossen meinen neurenovirten Saal für Vereine sowie für Privatfestlichkeiten. Ein Vereinszimmer ist noch zu vergeben.
63852* **Karl Köhn.**

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein k. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk" Angenehme, leicht trinkbare und dabei so sehr stärkende
Naturweine aus Weintrauben
v. 10 Pf. pro 1/10 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/10, 1/5 u. 1/1 L.
f. Festlichkeit., Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland!
Ausf. Preiscourant nebst Broschüre gratis und franco.
Hauptgeschäft und Versandabtheilung **BERLIN N.,** Linienstr. 130.
No. 17 **OSWALD NIER**

Gustav Ehrlich

Buchdruckerei,
Berlin SW., Zimmerstraße 18, Hof parterre,
liefert sämmtliche **Drucksachen** für Vereine, schnell u. preiswerth. Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5

Wohl fühlt sich

bei jetziger Witterung, wer
Brunnenstrasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot)
bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt gut. **Rum,** 1/1 Fl. (3/4 Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, vorzügl. **Glühwein-Extr.** 1/1 Fl. (3/4 Ltr.) inkl. Fl. v. **1.10** Mk. an, **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (3/4 Ltr.) **80** Pf., **Halb und Halb,** feinste Liqueurmischung, per 1/1 Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., **süßer Ungarwein,** Orig.-Fl. (1/2 Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac u. Liqueure** i. Einzelverkauf, auch eingemessen, nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle.
Bitte genau auf **Nr. 110, Brunnenstr. Nr. 110** zu achten.

Beuge vor der Noth!

Allgemeine Volks-Krankenkasse
E. H. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptkassenlokal:
Berlin N., Müllerstr. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Bureaustunden 8—4 Uhr.
Kleine Beiträge! — Hohes Krankengeld!
Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. **Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.**
Agenten
für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 58581*

Sophastoffe

auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [6103*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Bessere Schlafstelle f. H., m. a. ohne Klavierbenutzung, Baum, Fürstenstr. 17.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen und in der
Bautischlerei v. Stelmatzik,
Wrangelstr. 56,
haben 24 Tischler wegen Abzügen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 Die Ortsverwaltung.

Modelleur.
Ich suche für mein Atelier per sofort eine erste Kraft, Innendekoration (Ornament) zum Anlegen von Modellen bei hohem Lohn in dauernde Stellung. 38/15*
G. Adler Nachf. Leipzig-Eutritzsch.

Tücht. Einpacker [23515 verl. Goldleistenfabrik Barnimstr. 41.

Geübte **Kartonarbeiterin** in u. auß. Hause Kastanien-Allee 26. 23335

Plätterinnen
auf Hemden, Kragen, Manschetten, Servieuts bei großem Verdienst gesucht. — Es wird in meiner Fabrik mit Bolzen (nicht mit Gas) geplättet.
38/20* **Emil Riese,** Leipzigerstr. 72.

Ein tüchtiger Baroque-Vergolder wird verlangt 23409
Goldleisten-Fabrik
Alexandrinenstraße Nr. 25.

Ein tüchtiger, zuverlässiger Packer findet dauernde Beschäftigung bei gutem Wochenlohn 23395
Goldleisten-Fabrik
Alexandrinenstr. Nr. 25.

Wir suchen **tüchtigen Schlossergesellen** 23425
Otto Grund & Co.,
Firmenschilder-Fabrik,
Schlosserei, Gertraudtenstraße Nr. 1.

Plätt-Lehrlinge. 39/1*
Junge Mädchen, die das Plätten auf Neu gratis erlernen wollen und bald Verdienst haben, werden angenommen.
Emil Riese, Leipzigerstr. No. 72.

Schuhmacher, der eine bessere Besohlanstalt selbständig führen kann, ein nüchterner, tüchtiger Arbeiter sein muß, bei dauernder Beschäftigung u. sehr anständ. Lohn verl. Rannystr. 75, Ecke Mariannenstr. am Heinrichsplatz.

Couvertfabrik.

Eine bedeutende Couvert-Fabrik in Süddeutschland sucht einen tüchtigen, selbständigen
Maschinenmeister,
der Berliner u. Barmener Maschinen kennt, für dauernde, gute Stellung. Diskretion zugesichert. Off. werden erbeten unter N. M. 2733 an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.